



LEITFADEN GEGEN RECHTS

Leitfaden für kommunale Aktionen und Initiativen
gegen Rechtsextremismus

Herausgeber: Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92 | 24105 Kiel
Fon: (0431) 988-31 55 und -31 56
Fax: (0431) 988-31 53
E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

Gestaltung: EYEKEY Design | Kiel
Fon: (0431) 5 70 80 93
E-Mail: info@eyekey.de
www.eyekey.de

Gedruckt auf chlorfreiem, umweltfreundlichem Papier | März 2002

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Innenministers 4

Die Arbeitsgruppenmitglieder 4

- 1. Einführung 7**
- 2. Was können Kommunen tun? 8**
 - 2.1 Zuwanderung – Herausforderung und Chance 10**
 - 2.2 Mit Jugendlichen präventiv arbeiten 11**
 - 2.3 Sich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen 12**
 - 2.4 Leitbild einer weltoffenen Gemeinde 13**
 - 2.5 Fortbildung und Schulung 14**
 - 2.6 Allgemeine Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit 16**
 - 2.7 Finanzierung 17**
- 3. Praxisbeispiele 17**
 - 3.1 Anti-Diskriminierungs-Code (Utrecht) 18**
 - 3.2 Städtepartnerschaften und Schüler- und Jugendaustausch 19**
 - a) Städtepartnerschaft 20
 - b) Jugendbegegnungen 21
 - 3.3 Beispiele kommunaler Arbeit aus Schleswig-Holstein und andernorts 22**
 - a) Kriminalpräventive Räte 22
 - b) Streetwork-Projekt 23
 - c) Integration von jugendlichen Spätaussiedlern 24
 - d) Bündnis gegen Neonazis 25
 - e) Sport für Toleranz 26
 - f) Integration von Aussiedlern und Ausländern 27
 - g) Patenschaftsprojekt 28
 - h) Interkulturelle Wochen 29
 - i) Bürgerkonferenz für Demokratie und Toleranz 30
 - j) Bündnis der Generationen und Nationen 31
 - k) KZ-Gedenkstätte 32
 - l) Mobiles Beratungsteam 33
 - m) Jugendarbeit nach rechtsextremen Gewaltanschlägen 34
 - n) Raus aus der rechten Clique – aber wie? 35
 - o) Integrationsvereinbarungen mit SpätaussiedlernInnen 36
 - 3.4 Umgang mit Gedenktagen 36**
- 4. Sprache und Vorurteile 37**

- 4.1 Argumentieren mit Rechtsextremen – Umgang mit rechtsextremer Argumentation 37
- 4.2 Häufige Vorurteile und Kurzargumente dagegen 39
- 5. Glossar und Definitionen 43
- 6. Infobörse 46
- 6.1 Literatur 46
- 6.2 Datenbanken 49
- 6.3 Kontaktstellen in Schleswig-Holstein 51

Grußwort des Innenministers



Seit der Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein 1990 gegründet wurde, sind Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dort in vielfältiger Weise thematisiert worden. Das galt auch schon in Zeiten, in denen die Themen nicht so medienbeherrschend waren. Inzwischen sind gewalttätige Fremdenfeindlichkeit auf der Straße, antidemokratische Orientierung in den Köpfen und beachtliche Aktivitäten rechtsextremer Organisationen für alle sichtbare Realität geworden. Die deutliche Zunahme rechtsextremer Demonstrationen ist dafür ein deutliches Beispiel.

Unsere Städte und Gemeinden dürfen jedoch nicht zu Orten werden, die von Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit bestimmt werden. Daher sind in vielen Kommunen Initiativen entstanden, die sich aktiv für Toleranz und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Um dabei möglichst viele Menschen in ihrem Engagement mit Hilfestellungen und Anregungen zu unterstützen, haben sich Expertinnen und Experten in einer Arbeitsgruppe des Landes-Rates für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein zusammengetan und den vorliegenden Leitfaden entwickelt. Er ist ein weiterer Beitrag zur Stärkung der Netzwerke präventiver Arbeit in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und soll alle diejenigen ermutigen, die sich in dieser Arbeit engagieren.

Ich hoffe daher, dass der Leitfaden auf ein breites Interesse stößt und eine weite Verbreitung findet.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Klaus Buß'.

Klaus Buß

Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und Vorsitzender
des Landes-Rates für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Die Arbeitsgruppenmitglieder

Claudia Zempel
Städteverband Schleswig-Holstein
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Christa Limmer und Gudrun Steffensen
Aktion Kinder- und Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.
Feldstraße 120
24105 Kiel

Sahabattin Atli
Brücke Kiel e. V.
Weberstraße 8
24103 Kiel

Werner Decker
Berufliche Schulen Gaarden
Geschwister-Scholl-Straße 9
24143 Kiel

Karsten Egge
Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Theodor-Heuss-Ring 49
24113 Kiel

Andreas Hering, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion
Stadt Neumünster
Großflecken 75
24534 Neumünster

Dr. Klaus Kellmann
Landeszentrale für politische Bildung
Hohenbergstraße 4
24105 Kiel

Axel Michaelis, Streetworker beim Amt für Jugend
Gudower Weg 7
23879 Mölln

Michael Treiber
Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
Referat Migration
Feldstraße 5
24105 Kiel

*„Oh, Ihr Unglücklichen!
Eurem Bruder wird Gewalt angetan, und Ihr kneift die Augen zu!
Der Getroffene schreit laut auf, und Ihr schweigt?
Der Gewalttätige geht herum und wählt seine Opfer.
Und Ihr sagt: Uns verschont er, denn wir zeigen kein Mißfallen.
Was ist das für eine Stadt, was seid Ihr für Menschen!
Wenn in einer Stadt ein Unrecht geschieht, muss ein Aufruhr sein.
Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, dass die Stadt untergeht.
Durch ein Feuer, bevor es Nacht wird.“*

Bertolt Brecht

aus: Willy Klawe, Jörg Matzen: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt:
„Das Ende der Gemütlichkeit“, Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e.V., 1993

1. Einführung

Spätestens seit Sommer 2000 haben die erneute Zunahme von öffentlicher Befürwortung nationalsozialistischer Denkmuster, antidemokratische Agitation und Gewalttaten gegen Minderheiten, wie z. B. Obdachlose, Spätaussiedler, Ausländer, Menschen mit Behinderungen und die Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Schließung des Club 88 in Neumünster das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den größeren Blickwinkel der öffentlichen Diskussion gebracht. Viele Städte und Gemeinden sehen die Notwendigkeit und ihre Pflicht, Aktivitäten und Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu ergreifen. In den örtlichen Gemeinschaften, den Kommunen, wird deutlich und spürbar, dass gesamtgesellschaftlichen Defiziten, individuellen Problemlagen und konkreten Vorfällen durch persönlichen Einsatz begegnet werden muss.

Perspektivlosigkeit, Langeweile, Vorurteile, mangelhafte Bildung, eigene Ängste und Gewalterfahrungen sind vielfach Ursachen dafür, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene fremdenfeindliches und rechtsextremes Gedankengut in ihr alltägliches Denken und Handeln aufnehmen. Die Folgen dieses Handelns und Denkens machen sich vor allem und zuerst in der Familie, bei Freunden, in Vereinen, in der Schule, in der Ausbildung oder am Arbeitsplatz bemerkbar. Hier muss die Gegenwehr und die Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt ansetzen. Es ist nicht allein Sache des Staates, also Politik, Justiz, Polizei und Schule, diesen Entwicklungen zu begegnen, sondern vor allem auch Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft, also der Bürgerinnen und Bürger in Gemeinden und Städten, ihrer gewählten Vertretungen sowie ihrer örtlichen Verwaltungen.

Entscheidend ist aber, dass sich möglichst viele Beteiligte aus Landespolitik und -verwaltung, Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen und Verbänden zusammenschließen und ein gemeinsames Ziel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit definieren. Zu einer problem- und lösungsorientierten Herangehensweise gehört, dass örtliche Probleme weder dramatisiert noch bagatellisiert werden, gemeinsame Konzepte entwickelt, diskutiert und verfolgt werden und Probleme nicht verschwiegen werden. Zugleich gehört dazu aber auch, sich dem Thema Migration und Schutz von Minderheiten integrativ anzunehmen.

Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen sind im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sensibel geworden. Landes- und bundesweit sind Ideen und Konzepte entwickelt worden, die in Projekten und Aktionen in Kommunen, Schulen, Jugendarbeit, Vereinen und Verbänden umgesetzt werden. Landauf landab sind die Menschen entschlossen, den Herausforderungen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln – repressiv und präventiv – zu begegnen. Allheilmittel und Patentrezepte, die für alle einheitlich gelten, kann und wird es nicht geben. Sinnvoll ist es jedoch, Eckdaten zu nennen und praktische Hilfestellungen zu geben, an denen sich alle Kommunen orientieren können.

Ziel dieses Leitfadens ist es daher, in möglichst prägnanter und praxisrelevanter Form Informationen, Lösungsansätze und praktische Beispiele zu geben, die für die Bearbeitung der Thematik vor Ort in den Kommunen sinnvoll sein kann. Dabei kann der Leitfaden nur Schlaglichter auf mögliche Problemlagen werfen und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wichtig und erforderlich ist es, eine örtlich abgestimmte Lösung zu entwickeln. Deshalb dienen die in diesem Leitfaden enthaltenen Praxisbeispiele und Hinweise auf Datenbanken, Informationsquellen und Literatur als Hilfe für eigenes Engagement.

2. Was können Kommunen tun?

Die Herausbildung neonazistischer, rechtsextremer und fremdenfeindlicher Ansichten und organisierter Strukturen geschieht auch auf lokaler Ebene nicht zufällig. Wenn daher sozialwissenschaftliche Untersuchungen und Alltagserfahrungen bestätigt haben, dass ein Zusammenhang zum politischen, sozialen und geistigen Klima in einer Kommune besteht, dann muss es auch einen spezifisch kommunalen Beitrag gegen Neonazismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geben, ohne zu verkennen, dass es hier um ein Gesellschaftsproblem geht, dessen Zurückdrängung gesamtgesellschaftliche Anstrengungen verlangt.

Präventive Kommunalpolitik heißt, rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen bereits in den Ansätzen entgegenzutreten, ihnen gegenüber keine Zugeständnisse zu gewähren und eine Gewöhnung an sie als eine „normale“ politische Meinungsäußerung nicht zu dulden. Deshalb darf auch nicht zugelassen werden, dass rechtsextreme Geschehnisse in der Kommune aus Furcht vor einem möglichen Imageverlust verharmlost, verdrängt oder verheimlicht werden. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kann auf kommunaler Ebene umso wirksamer begegnet werden, wenn es gelingt, verschiedene Akteure zusammenzubringen und breite lokale Bündnisse zu erreichen. Ziel muss es sein, in der Kommune ein öffentliches Klima gegen Rechtsextremismus zu erzeugen. Dann haben auch solche neonazistischen Aktionen eine geringe Chance, die – wie es zynisch im Nazijargon heißt – auf die Schaffung „national befreiter Zonen“ zielen und eine rechtsextreme Alltagskultur etablieren wollen.

Präventive Kommunalpolitik lässt sich nicht auf ein „Anti“ reduzieren, sondern schließt ein „Pro“ ein: in der eigenen Kommune gegen provinzielle Engstirnigkeit aufzutreten und für Weltoffenheit und multikulturelle Identität zu werben, für eine lokale politische Kultur der Menschenwürde, der Solidarität, der Toleranz und des Respekts vor den Menschenrechten zu wirken. Kommunalpolitik muss deshalb präventiv ansetzen und durch gestaltende Politik in das kommunale Leben eingreifen, z. B. über die kommunale Kulturpolitik, über die Jugendarbeit, durch kommunale Präventionsgremien u. a. m., um auf diese Weise die lokale politische Kultur zu beeinflussen.

Fallen und Stolpersteine

Viele Kommunen sind bemüht, rechtsextremistischen Haltungen zu begegnen. Dabei kommt es jedoch häufiger zu vermeidbaren Fehlern.

Zum Beispiel:

— Dramatisierung

Der betrunkene 14-Jährige, der in der örtlichen Presse als „Rechtsextremer Gewalttäter“ bezeichnet wird, nachdem er mit „Heil-Hitler“-Geschrei Aufmerksamkeit erregte.

— Bagatellisierung

Erwachsene bezeichnen das Auftreten der örtlichen Skinhead-Gruppe als pubertäres Gehabe von dummen Jungs: „Das wächst sich schon aus“.

— Polarisierung

Statt gemeinsam vor Ort die aktiven demokratischen Kräfte zu bündeln, nehmen einzelne Gruppen für sich in Anspruch, den Königsweg zur Bekämpfung von Rechtsextremismus gefunden zu haben und grenzen andere aus, z. B. werden sozialpädagogische Ansätze zur Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen pauschal diffamiert.

— Verschweigen

Der Bürgermeister, der heimlich im Buswartehäuschen die Hakenkreuze übermalt, damit sein Dorf nicht in Verruf gerät.

— Der Schulleiter, der behauptet, an seiner Schule gebe es keine Probleme mit Rechtsextremismus, obwohl er bekannter Maßen rechts orientierte Jugendliche mit entsprechendem Outfit zu seinen Schülern zählt.

— Konzeptlosigkeit

Wilder Aktionismus ohne Einbeziehung und Abstimmung zwischen möglichen Akteuren, z. B. schlecht vorbereitete Podiumsdiskussionen, die rechten Funktionären eine Plattform bieten.

Aktionen mit „Event-Charakter“, die keine nachhaltige Wirkung entwickeln, z. B. „Dosenwerfen gegen Rechts“.

— Sankt-Florians-Prinzip

Statt einer Auseinandersetzung mit rechten Haltungen vor Ort wird versucht, das Problem woanders hin abzuschieben, z. B. „Nazis raus“-Kampagnen (wohin denn?).

Es gibt keine Patentrezepte.

Angesichts der beschriebenen Stolpersteine ist es sicherlich oft schwierig, die richtige und effektive Balance zwischen den einzelnen Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Um so notwendiger ist eine gründliche Analyse der Situation vor Ort, um daraus gemeinsam ein Konzept zu entwickeln.

Merkmale, um Lösungsansätze zu entwickeln:

- ___ Unaufgeregte Faktensammlung und Analyse statt Spekulation
- ___ Keine Rezepte - aber ein Konzept
- ___ Strukturelle Überlegungen statt Aktionismus
- ___ Probleme benennen und nicht verschweigen
- ___ Partner suchen, breite Bündnisse herstellen
- ___ Langer Atem, kleine Schritte
- ___ Ausgrenzung und Polarisierung vermeiden
- ___ „Wir sind zuständig und verantwortlich“ statt St. Florians-Prinzip
- ___ Gefühlsebene einbeziehen – Aufklärung reicht nicht, Ängste ernst nehmen
- ___ Ziele bestimmen für was – nicht nur gegen was

2.1 Zuwanderung – Herausforderung und Chance

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Nach 40 Jahren wird diesem Tatbestand offiziell Rechnung getragen. In jeder Stadt und Gemeinde leben und arbeiten heute viele Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Die meisten werden auf Dauer hier bleiben. Dieser Tatsache muss auch in den Köpfen der Menschen eine positive Einstellung folgen, die die Integration zur Selbstverständlichkeit werden lässt.

Hier sind besonders Meinungsträger in Städten und Gemeinden gefordert. Wichtig ist hierbei, demokratische statt ideologische Bündnisse vor Ort zu schließen.

KommunalpolitikerInnen können sich parteienübergreifend auf migrationspolitische Leitlinien verständigen und selbstverständlich Zuwanderer in alle kommunalen Angelegenheiten mit einbeziehen.

Sportvereine, Gewerkschaften, Feuerwehren, Vereine, Kirchen, Landfrauen, Jugendverbände... usw. können ihren Beitrag zur Integration von MigrantInnen und zur Ausgestaltung einer positiven kulturellen Vielfalt im Zusammenleben innerhalb der Kommune leisten.

Dadurch können Vorurteile überprüft und berichtigt werden. Rechtsextremen Einstellungen kann so der Nährboden entzogen werden.

Vorschläge für die interkulturelle Arbeit vor Ort sind z. B.:

- ___ Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in interkultureller Kompetenz
- ___ Einstellung von Migrantinnen und Migranten in die kommunalen Dienste
- ___ Einrichtung einer eigenen und/oder Kooperation mit bereits vorhandenen Migrationssozialberatungsstellen entsprechend dem Konzept der Landesregierung
- ___ Mitgliederwerbung bei MigrantInnen für Vereine
- ___ Aufnahme von Migrantorganisationen in Kreisjugendringe o.ä.
- ___ Einbeziehung von MigrantInnen in die Gemeindepolitik, z. B. durch Ausländerbeiräte gemäß § 47 d GO
- ___ Einrichtung freier Foren von MigrantInnen mit beratender Funktion für die Gemeindevertretung
- ___ Ermutigung eingebürgerter MigrantInnen, sich kommunalpolitisch zu engagieren

- ___ Förderung der Kandidatur von MigrantInnen um politische Mandate
- ___ Einrichtung und Unterstützung von Begegnungs- und Kulturstätten
- ___ Städtepartnerschaften mit Herkunftsländern der MigrantInnen, z. B. der Türkei
- ___ Patenschaften für Flüchtlinge
- ___ Förderung internationaler Jugendbegegnungen, z. B. Schüler- und Jugendaustausch mit Herkunftsländern von MigrantInnen
- ___ Entwicklung von interkulturellen Konzeptionen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendtreffs
- ___ Aktive Förderung von Nachbarschaftlichkeit
- ___ Organisation eines Beschwerdemanagements zu rassistischen Äußerungen, z. B. indem in der Verwaltung dafür eine konkrete Ansprechperson benannt wird
- ___ Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe, wie z. B. die „Aktion Noteingang“.

2.2 Mit Jugendlichen präventiv arbeiten

Rechtsextreme Einstellungen sind kein ausschließliches Jugendproblem, sondern sie werden von Erwachsenen an sie vermittelt. Jugendliche sind jedoch aus verschiedenen Gründen besonders gefährdet, in rechtsextreme Szenen hinein zu geraten. Während der Pubertät besteht eine starke Tendenz, sich in Cliques zu organisieren. Hier bieten sich auch rechte Kameradschaften und Skinheads als emotionale Bezugsgruppen an.

Gruppenrituale wie Alkoholkonsum, die Demonstration von Macht und Aggression wirken auf viele meist männliche Jugendliche anziehend, da sie ein klares und eindeutiges Männerbild vermitteln. Rechtsextreme Einstellungen und entsprechendes äußeres Erscheinungsbild wie Glatze, Springerstiefel, weiße Schnürsenkel, verbotene Embleme usw. können Jugendlichen – auch Mädchen – zur Ablösung vom Elternhaus dienen und eignen sich als Provokation der Erwachsenenwelt. Der rechtsextremen Musikszene ist es mittlerweile gelungen, sich als ein Teil der Jugendkultur zu etablieren.

Jugendarbeit muss sich mit diesem Thema auseinandersetzen, dazu gehört erst einmal die Stärkung demokratischen Bewusstseins bei allen Jugendlichen im Sinne einer Primärprävention. Das heißt aber auch: Präventive Kommunalpolitik kann dem konkreten Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen nicht ausweichen. Einfache Antworten wie „Nazis raus“ sowie allein auf Repression und Ausgrenzung setzende Konzepte gegen solche Jugendliche sind keine Lösung. Notwendig ist ein komplexes Herangehen, das von der ökonomisch-sozialen Lage dieser Jugendlichen ausgeht, die geistig-politische Auseinandersetzung mit ihnen führt und auch die sozialpädagogische Arbeit mit den Jugendlichen einschließt.

Ziel muss dabei sein, die Jugendlichen aus rechtsextremen Denk- und Verhaltensmustern herauszuholen.

Auf kommunaler Ebene gibt es dazu Versuche der „akzeptierenden“ Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bei diesem sozialpädagogischen Konzept wird versucht, die Jugendlichen als Menschen mit ihren Problemen, die sie haben, zunächst so zu akzeptieren und zu verstehen, aber gleichzeitig im Dialog mit ihnen eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer rechtsextremen Haltung zu führen. Wenn diese Auseinandersetzung nicht konsequent geführt wird und die SozialarbeiterInnen dieser Aufgabe politisch nicht gewachsen sind, besteht aber die Gefahr, dass sich unter dem Dach „akzeptierender“ Jugendarbeit rechtsextreme Cliquen und Strukturen kultivieren.

Deswegen ist es besonders notwendig, Jugendsozialarbeiter in diesem Arbeitsbereich nicht isoliert agieren zu lassen (Einzelkämpfer), sondern mit anderen zu vernetzen, den fachlichen Austausch auf Landesebene zu fördern und die Teilnahme an bundesweiten Fachtagungen zu ermöglichen. Empfehlenswert ist eine enge Anlehnung der akzeptierenden Arbeit an die fachlichen Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/mobile Jugendarbeit und die Mitarbeit in der Länderarbeitsgemeinschaft Streetwork/mobile Jugendarbeit Niedersachsen/Schleswig-Holstein. Wichtig ist auch zu erkennen, dass Jugendsozialarbeit die anstehenden Probleme nicht allein zu lösen vermag und nur Bestandteil eines Gesamtkonzepts sein kann!

Mögliche kommunale Ansätze sind:

- ___ Jede/r Erwachsene in der Kommune sollte sich bewusst sein: „Das sind unsere Kinder!“ Anstatt sie auszugrenzen, sollte das Gespräch mit ihnen gesucht werden, um sich ernsthaft mit ihren politischen Ansichten auseinanderzusetzen.
- ___ Kooperation von Schule und Jugendhilfe verstärken
- ___ Unterstützungskonzepte bei Problemlagen von Jugendlichen entwickeln
- ___ Jugendbegegnungen ermöglichen
- ___ alternative jugendkulturelle Ansätze vor Ort fördern
- ___ direkte Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen verstärken und entsprechende Projekte gemäß § 47 f GO fördern.

2.3 Sich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen

Zur Bewältigung der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit ist auch der ungeschönte Blick auf die Geschichte der eigenen Kommune notwendig, um Verdrängung oder Verfälschungen, wie sie in rechtsextremen Argumentationen gängig sind, entgegenzuwirken. Gerade Jugendlichen können so die Gefahren und Folgen des Nationalsozialismus mit dem konkreten Ortsbezug lebendig näher gebracht werden, vor allem solange es noch Zeitzeugen gibt.

Ansatzpunkte dafür können sein:

- ___ Aufarbeitung der eigenen kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren öffentliche Darstellung, z. B. in welchen Betrieben haben wie viele Zwangsarbeiter arbeiten müssen? Wo gab es Lager?
- ___ Auseinandersetzung und Dokumentation der Heimatgeschichte, z. B. unser Dorf,

unsere Stadt und seine Flüchtlings- und Migrationsgeschichte wie Auswanderung nach Amerika, Flüchtlingsaufnahme nach dem 2. Weltkrieg und heute

— Einrichtung lokaler Erkundungs-, Informations- und Dokumentationsprojekte, die z. B. rechtsextreme Übergriffe, die Situation von Asylbewerbern u. a. m. dokumentieren sowie Informationen und Erfahrungen weitergeben

— Erhalt und Ausbau von Gedenkstätten und Denkmälern zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes; Benennung von Straßen und Plätzen nach antifaschistischen Widerstandskämpfern sowie die Verleihung von Ehrenbürgerrechten; Einbeziehung antifaschistischer Aspekte bei Stadtrundgängen, in Fremdenverkehrsarbeit und Tourismus

— Finanzielle, sächliche und politische Unterstützung von Gruppen und Initiativen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus kritisch auseinandersetzen

— Öffentliche Aktionen vor Ort zum Entfernen von neonazistischen Schmierereien und Aufklebern in den Kommunen.

2.4 Leitbild einer weltoffenen Gemeinde

Der folgende Entwurf eines kommunalen Leitbildes orientiert sich an dem Projekt „Schule ohne Rassismus“, welches 1988 in Belgien entwickelt wurde und dem sich 1995 in Deutschland 73 Schulen (120 zur Zeit in Vorbereitung) angeschlossen haben.

Die Grundidee einer Selbstverpflichtung ist auf die kommunale Ebene übertragbar. Sie kann Einstieg in eine Diskussion über Ziele und Leitlinien kommunalen Handelns gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sein und nach innen und außen diese Ziele dokumentieren:

Wir Einwohner/innen und Mitarbeiter/innen von (Ortsname) sagen JA zu Fremdenfreundlichkeit und Toleranz.

Weltoffenheit bedeutet für uns:

Alle Menschen sind gleichwertig und sollen gleiche Entwicklungschancen haben. Diskriminierung von Menschen wegen ihres Glaubens, Geschlechts, der sexuellen Orientierung, Hautfarbe, Herkunft, Behinderung oder Nationalität, lehnen wir ab. Rassismus legitimiert Gewalt und stiftet Hass und Feindschaft zwischen den Menschen.

Die Achtung der Menschenwürde beginnt damit, die Kulturen anderer Menschen ebenso wie die eigene Kultur zu erkennen, zu achten und zu respektieren.

Wir verpflichten uns, alle Formen und Äußerungen diskriminierender Art zu vermeiden und zu verhindern.

Unsere Gemeinde soll, ihrem demokratischen Auftrag entsprechend, aktiv allen rassistischen Bemerkungen, Aussagen, Argumenten, Vorurteilen und Handlungen entgegenreten.

Unsere Gemeinde wird Initiativen gegen Rassismus und zur Verständigung aller Menschen und Kulturen ergreifen.

Die Herstellung von vertrauten Beziehungen und sozialer Gerechtigkeit verhindert Hass. Die aktive Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen ist Teil einer *weltoffenen Gemeinde*. Wir werden Begegnungen und Veranstaltungen organisieren, um andere Kulturen und Menschen kennen zu lernen und in das Gemeindeleben mit ein zu beziehen.

Diskriminierung und Gewalt sollen mit den jeweils eigenen Möglichkeiten am Arbeitsplatz, in Kindergarten, Schule oder im Verein thematisiert werden.

Unsere Gemeinde widersetzt sich rassistischen Organisationen und deren Propaganda.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es immer wieder zu fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen kommen kann. Wir verdecken solche Probleme jedoch nicht, sondern setzen uns aktiv damit auseinander. Unsere Gemeinde setzt Grenzen, grenzt aber niemanden aus.

Wenn Jugendliche versuchen, sich mit rechten Äußerungen hervor zu tun, nehmen wir sie ernst und suchen den Dialog mit ihnen.

Wir streben eine Unterzeichnung dieses Leitbildes für eine *weltoffene Gemeinde* durch eine Mehrheit von mind. 70 % der GemeindevertreterInnen und MitarbeiterInnen unserer Gemeinde an. Alle EinwohnerInnen fordern wir auf, ebenfalls zu unterschreiben. Jährlich werden wir unsere Gemeinde zu diesem Leitbild befragen und überprüfen, ob wir dem noch entsprechen.

Als deutliches Zeichen für uns und die Öffentlichkeit befestigen wir das Schild *weltoffene Gemeinde* am Ortseingang unserer Gemeinde.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Herkunft, seiner Sprache, seiner Heimat, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden (Art. 3 Grundgesetz).

2.5 Fortbildung und Schulung

Ob für die Schulung und Fortbildung von MitarbeiterInnen oder für Veranstaltungen in der Kommune, es gibt zahlreiche Institutionen die ReferentInnen vermitteln, Unterstützung anbieten und Projekte mit organisieren können.

Der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. beispielsweise bietet Trainings und Workshops für MultiplikatorInnen an, z. B. „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ und „Umgang mit rechter Gewalt – Das Eigene und das Fremde“.

Das Training „*Argumente gegen Stammtischparolen*“ basiert auf einem von Dr. Klaus-Peter Hufer entwickelten und seit Jahren in der Praxis bewährten Programm für die politische Erwachsenenbildung. Es geht dabei um eine handlungsorientierte Auseinandersetzung mit diskriminierenden Äußerungen und der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft, Meinung oder Lebensform. Das Training will Menschen ermutigen, Position zu ergreifen für Toleranz und Zivilität und – abhängig von der konkreten Situation und den persönlichen Möglichkeiten – couragiert platten Parolen und dumpfen Meinungen entgegenzutreten. Das Seminar „Umgang mit rechter Gewalt“ setzt sich u. a. mit den jeweils eigenen Anteilen, Projektions- und Abwehrmechanismen auseinander, um einen Zugang zur Basis von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu finden. Beide Seminare wenden sich an MultiplikatorInnen und können bei Bedarf auch regional durchgeführt werden.

Als Partner vor Ort bieten sich *die Volkshochschulen* an, die in 161 Orten Schleswig-Holsteins auch – und gerade – in ländlichen Regionen präsent sind. Zum einen finden sich entsprechende Seminare, Veranstaltungen und Fortbildungen in vielen der im Allgemeinen zweimal jährlich erscheinenden VHS-Programme. Darüber hinaus können Fortbildungen und Schulungen auf Wunsch zielgruppenorientiert und passgenau angeboten werden.

Darüber hinaus hält *die Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein* in Kiel umfangreiches Informationsmaterial, vielfältige Literatur, die Möglichkeit zur Vermittlung von ReferentInnen für Veranstaltungen und vieles mehr zu diesem Thema vor.

Die Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V. bietet unter dem Titel *Demokratie lernen – Zivilcourage zeigen* Fortbildungsveranstaltungen für Lehr – und Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe an. Es werden Methoden zur Prävention von Rechtsextremismus bei Jugendlichen vermittelt. Um nachhaltig vorzubeugen, ist es wichtig frühzeitig und im Vorfeld zu beginnen. Mit diesem Präventionsansatz soll das demokratische Miteinander und die Dialogfähigkeit gestärkt werden. Themen sind u. a. Vorurteile, interkulturelle Konflikte, Heimat, deutsche Identität, Kulturbegriff.

Bei Bedarf können sich Institutionen beraten lassen, die gut sortierte Bibliothek nutzen und ReferentInnen vermitteln lassen. Es besteht auch die Möglichkeit, gemeinsam mit der AKJS Projekte für Jugendliche zu konzipieren und durchzuführen. Bei der AKJS befindet sich auch die *Landeskoordination für Schule mit Courage – 505 Rassismus*.

Für die Projektarbeit mit Jugendlichen kann auch Kontakt mit den regionalen *Kreisjugendringen* aufgenommen werden.

[Nähere Informationen](#) dazu finden sich in der Infobörse unter Kontaktadressen.

2.6 Allgemeine Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit

Städtische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erhält in den Medien und der örtlichen Tagespresse einen verhältnismäßig hohen Aufmerksamkeitsfaktor. Kommunen sind schon aus verfassungsrechtlichen Gründen zur Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet. Ihre Arbeit steht dabei häufig in Konkurrenz zu den verschiedenen Interessen anderer Gruppen der örtlichen Gemeinschaft. Seit Einführung der Direktwahl der hauptamtlichen BürgermeisterInnen und Landräte in Schleswig-Holstein 1997 stehen auch die Hauptverwaltungsbeamten der Städte, Gemeinden und Kreise unter einem verstärkten Druck, ihre Arbeit und (Miss-)Erfolge der Öffentlichkeit zu erklären. Je umfangreicher, komplexer und weitreichender die von Politik und Verwaltung zu lösenden Probleme und Aufgaben sind, desto höher ist der Bedarf an Information, Vermittlung und Verständigung. Dies führt allerdings bisweilen dazu, dass die BürgermeisterInnen als Verantwortliche ihrer Verwaltung in einen „Demokratie-Stress“ geraten, der sie manchmal sogar öffentlichkeitsscheu werden lässt.² Im Umgang mit der Presse kann aber auch manches schief gehen, weil mitunter völlig unterschiedliche Vorstellungen und Welten aufeinanderprallen.

Das Problem Rechtsextremismus ist zwar in der Regel kein örtliches Einzelproblem einer Kommune, sondern stellt ein gesamtgesellschaftliches Problem dar. Gleichwohl sind vor allem die BürgermeisterInnen der Städte und Gemeinden und ihre MitarbeiterInnen die Ansprechpartner der Journalisten, wenn es darum geht, zu diesem Thema örtliche Problemlagen zu erklären und Lösungen zu präsentieren. In den vergangenen Jahren sind nicht zuletzt beispielsweise in Lübeck, Mölln, Elmshorn oder Neumünster entsprechende Erfahrungen gemacht worden. Ein „Abtauchen“ der Verwaltungen in Schweigen und Nichtstun ist in der Regel dann nicht möglich und wäre auch das falsche Signal.

Dies bedeutet aber, dass in diesem Bereich kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit offensiv und mit dem Willen zu konstruktiver Zusammenarbeit mit der Presse gestaltet werden muss. Leitgedanke sollte dabei sein: Jeder braucht den anderen. Die Presse braucht interessante, prägnante und aussagefähige Informationen, um sie verkaufen zu können; die Verwaltung / die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister braucht eine gute Presse, um für ihre / seine Stadt zu werben und ein gutes und sicheres Klima für BürgerInnen und Wirtschaft in der Gemeinde zu schaffen.

Dabei gilt: Ein guter Journalist erfährt alles! Erweist sich der kommunale Gesprächspartner als sachlich, offen und fair und lässt erkennen, dass er ein gemeinsames Interesse an „sauberer“ Information hat, dann kann kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch gegenseitig befruchtend sein. Dabei sollte vermieden werden, die häufig zwischen Verwaltung und Medien bestehenden Interessenkonflikte gerade beim Thema Rechtsextremismus und örtliche Gewalt zu suchen oder zu betonen. Vielmehr sollte der gemeinsame demokratische Wille im Vordergrund stehen, um durch ein abgestimmtes Vorgehen – unter Umständen sogar auf der Grundlage von „Vereinbarungen“ – rechtsextremistischen Tendenzen den Nährboden für Des- und

Fehlinformation zu entziehen. Durch Offenheit und das Betonen des Miteinander können sogar neue Wege zur Bewältigung des Problems vor Ort gefunden werden.

[Allgemeine Informationen](#) über kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema finden sich in der Veröffentlichung von Klawe/Matzen aus dem Jahr 1993, die der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e. V. herausgegeben hat (vgl. dazu in der Infobörse unter Literatur).

2.7 Finanzierung

Bei aller Notwendigkeit kommunaler Aktionen und Initiativen ist an dieser Stelle der Hinweis erforderlich, dass sowohl der Landeshaushalt, als auch die kommunalen Haushalte nicht die erforderlichen und oft wünschenswerten Kostendeckungen erbringen können. Angesichts leerer Kassen ist daher bei der Planung von Projekten darauf zu achten, dass die Finanzierung möglichst auf mehrere „Schultern“ und damit Träger verteilt, umfangreiche Informationen zu Förderprogrammen der EU und des Bundes einbezogen und bürgerschaftliches Engagement eingeworben werden. Nur durch einen möglichst breiten Einsatz von materieller und immaterieller Hilfe können gute Ideen und Vorhaben dann auch verwirklicht und langfristig gesichert werden. Dies bedeutet aber auch, dass nicht unter dem Deckmantel der finanziellen Notlage das Thema von der aktuellen Tagesordnung gestrichen werden sollte. Vielmehr kann oft eine effektive Vernetzung und Koordination bestehender Aktivitäten vor Ort durch relativ geringen personellen und finanziellen Aufwand hergestellt werden. Unter Umständen können dadurch erheblich kostenintensivere Folgemaßnahmen deshalb eingespart werden, weil „Tun“ immer noch wirtschaftlicher ist als „Nichtstun“.

3. Praxisbeispiele

In vielen Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik gibt es zahlreiche Projekte, Initiativen und Aktionen, die als gute Beispiele für gelungene Maßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus dienen können. Oftmals sind die verantwortlich handelnden Personen in Verwaltung, Vereinen und Institutionen jedoch schon zeitlich damit überfordert, die Fülle an Literatur, Datenbanken und Informationsquellen zu durchforsten. In der Regel fehlt es auch zum Teil an der Möglichkeit, gegenseitige Informationen über Projekte und Vorhaben auszutauschen.

Gelungene und erfolgreiche Vorhaben aus anderen Kommunen können aber die Überlegungen und Entwicklungen erleichtern und zu einer schnelleren Umsetzung eigener Ideen führen. Mit den nachfolgenden Praxisbeispielen soll eine praktische Hilfestellung gegeben werden, einfach und zielgerichtet Projektideen und Ansprechpartner zu finden, die für eine örtlich angepasste Lösung unterschiedlicher Problemlagen dienen können.

3.1 Anti-Diskriminierungs-Code (Utrecht)

Die Kommune Utrecht in den Niederlanden hat im Jahr 1995 in einem Antidiskriminierungscodex Spielregeln und Verhaltensweisen aufgestellt, die dabei helfen sollen, das gesellschaftliche Wohlbefinden aller BürgerInnen zu entwickeln und zu schützen. Der Codex richtet sich dabei vor allem an die MitarbeiterInnen der Kommune.

Im folgenden ist ein Auszug aus dem Antidiskriminierungscodex der Kommune Utrecht wiedergegeben:

„Diskriminierung – wer schweigt, stimmt zu!“

Warum dieser Verhaltenscodex?

Die Gemeinde hat als lokale Behörde die wichtige Aufgabe, der Diskriminierung vorzubeugen, sie zu bekämpfen und auf ein gesellschaftliches Zusammenleben hinzuwirken, in dem sich jeder wohl fühlen kann. Sie hat eine Vorbildfunktion im Hinblick darauf, wie die niederländische Gesetzgebung in die Praxis umgesetzt wird. Besonders für Opfer von Diskriminierung ist es von großer Wichtigkeit, dass die Kommunalbehörde deutlich Stellung bezieht gegen Diskriminierung.

Diskriminierung ist nicht von heute auf morgen zu überwinden. Sie erfordert die fortdauernde Aufmerksamkeit und Wachsamkeit von Beamten, Politikern und Bürgern in der Gemeinde. Nur durch gemeinsame Anstrengungen kann man der Diskriminierung präventiv begegnen und sie nachhaltig bekämpfen. Eine Stadt, in der jeder sich zu Hause fühlt, ist ein Gemeinwesen. Hier werden Menschen gleichwertig und mit Achtung behandelt. Diskriminierung wird als eine reale Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben angesehen.

Für ihre Funktion als Arbeitgeberin bedeutet dies in der Praxis unter anderem, dass die Gemeinde ihren Mitarbeitern Unterstützung bietet bei Diskriminierungsvorfällen. Die Kommune verfolgt eine Personalpolitik, in der die repräsentative Teilnahme von Zugewanderten am Erwerbsleben eine wichtige Zielsetzung ist.

Die Vorgehensweisen bei Anwerbung, Bewerbung, Auswahl, Annahme und Vermittlung werden ständig auf mögliche diskriminierende Auswirkungen geprüft.

Diskriminierung kann sich in der Arbeit von Beamten auf verschiedenen Gebieten zeigen: im Umgang mit Bürgern, Politikern und Kollegen. Gemeindebeamte haben damit, abhängig von ihrer Situation und ihrem eigenen Hintergrund, wechselnde Erfahrungen. Sie fühlen sich manchmal auch persönlich als Zielscheibe, oft nur als Zuschauer und bisweilen wegen der Auswirkungen bestimmter Regelungen als Mitverursacher.

Was immer auch sich ereignet, von ihnen wird eine vernünftige Reaktion erwartet, aber welche? Um der Erwartung einigermaßen entgegen zu kommen, werden in diesem Verhaltenscodex verschiedene Absprachen und Regelungen festgelegt. Sie als Beamte sollten diesen Codex befolgen, Klagen ernst nehmen und sorgfältig abhandeln.“

3.2 Städtepartnerschaften und Schüler- und Jugendaustausch

Städtepartnerschaften sind früher wie heute ein gutes Beispiel für Völkerverständigung, Vermittlung von Akzeptanz und Toleranz für andere Länder, Religionen und Kulturen. Wer könnte sich heute in Schleswig-Holstein und im gesamten Bundesgebiet vorstellen, im kommunalen Alltag ohne die vielfältigen und gewinnbringenden Kontakte zwischen Städten und Gemeinden in Frankreich, Dänemark oder Italien zu leben?

Mit der Öffnung Osteuropas und im Hinblick auf die zukünftige Osterweiterung der Europäischen Union sind verstärkt auch Freundschaften und Partnerschaften zu den baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Slowakei oder Tschechien hinzugekommen. Damit soll ein aktiver kommunaler Beitrag zur Vermittlung von EU-Recht, kommunalen Selbstverwaltungsrechts und demokratischen Strukturen geleistet werden. Vor dem Hintergrund von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus können vor allem aber auch Partnerschaften mit Städten in der Türkei, Israel oder anderen außereuropäischen Ländern, aus denen ein großer Anteil von Ausländern in den Städten und Gemeinden stammen, dauerhaft einen wichtigen Beitrag zur Integration und zu einer toleranten Gemeinschaft leisten. Trotz knapper kommunaler Kassen kann der Aufbau solcher Partnerschaften am Ende doch ein Gewinn für die kommunale Wirtschafts-, Jugend- und Sozialarbeit sein.

Städtepartnerschaften zeigen, dass durch den unmittelbaren Kontakt der Menschen untereinander Grenzen (auch in den Köpfen) abgebaut werden, Demokratie und Frieden gesichert werden, gemeinsame Projekte zum gegenseitigen Verständnis beitragen können und Jugendlichen und Erwachsenen interkulturelle Erfahrungen vermittelt werden.

Ein interessantes Beispiel für eine intensive Städtepartnerschaft ist im Folgenden dargestellt:

a) Städtepartnerschaft

Name der Stadt / Gemeinde	Plön		
Bezeichnung der Maßnahme	Städtepartnerschaft mit der Stadt Ksour-Essaf/ Tunesien Austausch von Jugendgruppen, Sportvereinen, Politikerdelegationen		
Anlass / örtl. Problemstellung	Seit dem 17. 04. 1969 auf Aktivitäten des Plöner Kaufmanns Dr. Karl Schröder, der in Tunesien eine Bienenzucht und Schilderfabrik betrieb. Zunächst Unterstützung der Stadt Ksour-Essaf durch Sachspenden, Ausbau der Partnerschaft durch Austausch in den Bereichen Kultur, Touristik, Sozialwesen und Wirtschaft. Ziel laut Freundschaftsvertrag: Bemühen um das Verstehen, die gegenseitige Achtung und die Freundschaft der Einwohner beider Städte zu einer umfassenden Verständigung zwischen den Völkern und Nationen		
Beteiligte / Partner	Stadt Plön, Sportvereine, Schulen		
Rolle der Stadt/Gemeinde	Die Stadt unterstützt die Partnerschaft ideell und finanziell durch gegenseitige Besuche und Vermittlung von Jugendaustauschen von Gruppen aus Sportvereinen und von wirtschaftlich Interessierten.		
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	keine Angaben möglich		
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	ca. 25.000,— DM jährlich		
Kurzbeschreibung des Projektes	Regelmäßige wechselseitige Besuche von Verwaltung, Politik und Jugend aus beiden Städten (vor allem unter Berücksichtigung der Teilnahme von Frauen und Mädchen); Unterstützung der Partnerstadt bei der Einrichtung eines sozio-ökologischen Projektes (Jugend-Freizeitzentrum); Förderung des Behindertenzentrums in Ksour-Essaf zur Betreuung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher; geplant ist ein zukünftiger Schüleraustausch der Realschulen und ein Austausch zwischen Frauenorganisationen.		
Erzielte Erfolge	Beitrag zum Kennenlernen der kulturellen Auffassungen, der Religion und Sprache, Vermittlung von Akzeptanz und Toleranz		
Kontakt:			
Institution _____	Stadt Plön	Telefon _____	04522 / 505 - 19
Ansprechpartner _____	Jens Wiederich	Fax _____	04522 / 505 - 69
Straße _____	Schloßberg 3 - 4	Email-Adresse _____	-/-
Plz / Ort _____	24306 Plön		

Auch der „klassische“ Schüler- und Jugendaustausch stellt eine gute Möglichkeit dar, das Verständnis für andere Kulturen, Länder und Religionen bei Kindern und Jugendlichen zu wecken und zu verstärken. Auch hier könnte verstärkt der Kontakt zu den Ländern gesucht werden, aus denen viele MigrantInnen der örtlichen Gemeinschaft stammen. Dazu gehört vor allem die Türkei, mit der stärksten Gruppe in Schleswig-Holstein. Ein interessantes und nachahmenswertes Beispiel aus diesem Bereich ist nachfolgend dargestellt:

b) Jugendbegegnungen

Name der Stadt / Gemeinde	Landeshauptstadt Kiel								
Bezeichnung der Maßnahme	Kieler Projekt Jugendbegegnung „Grenzen überschreiten“								
Anlass / örtl. Problemstellung	Seit 1995 gibt es das Kieler Projekt Jugendbegegnung „Grenzen überschreiten“, eine präventive Maßnahme gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Entstanden ist es aus der christlich-muslimischen Zusammenarbeit „Kieler Friedensweg“ und einem Begegnungsprojekt des PTAV, bei dem Skinheads aus Rostock und Hoyerswerda mit türkischen Jugendlichen aus Kiel in die Türkei gereist sind. Dieses Projekt fand bundesweite Resonanz in Presse und Fernsehen. „Grenzen überschreiten“ will der deutsch-türkischen Begegnungsarbeit in Kiel eine längerfristige Perspektive geben.								
Beteiligte / Partner	Das Projekt ist eine Plattform unterschiedlicher Institutionen wie dem Jugendpfarramt des Kirchenkreises Kiel, Einrichtungen des Jugendamtes der Stadt Kiel, dem Progressiven Türkischen Arbeitnehmerverein Kiel e.V. (PTAV), Christlichen Pfadfindern (VCP) und Ev.-Luth. Kirchengemeinden.								
Rolle der Stadt/Gemeinde	finanzielle und ideelle Unterstützung								
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Jugendamt der Stadt mit verschiedenen Jugendtreffs								
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben möglich								
Kurzbeschreibung des Projektes	<p>Im Rahmen der Kieler Jugendbegegnung fanden bisher zehn Begegnungen mit den Toros-Pfadfindern in Mersin/Türkei und sechs Gegenbesuche in Kiel zu unterschiedlichen Themen statt (z. B. Jugendarbeit in Deutschland (D) und in der Türkei (TR), Jugendschutz D und TR oder Umweltschutz in D und TR).</p> <p>Die AG Medienpädagogik Kiel e.V. drehte im ersten Jahr einen im Unterricht einsetzbaren Videofilm über die Gesamtmaßnahme. 1997 bot sie ein medienpädagogisches Projekt an, bei dem die Jugendlichen selber Kurzfilme über ihre Erfahrungen drehen und schneiden konnten. Wegen des verheerenden Erdbebens in der Türkei im Jahr 2000 ist das Thema: Katastrophenschutz in Deutschland und in der Türkei (öffentliche und freie Katastrophenhilfe) bearbeitet worden.</p>								
Erzielte Erfolge	Das Projekt „Grenzen überschreiten“ ist darauf angelegt, möglichst kontinuierlich Begegnungen von deutschen, deutsch-türkischen und türkischen Jugendlichen zu ermöglichen und anzuleiten. Die Begegnungserfahrung stellt recht hohe Anforderungen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, da nicht nur nationale, sprachliche und kulturelle Grenzen überwunden werden müssen, sondern auch die Spanne und Spannung zwischen den unterschiedlichen sozialen Milieus, unterschiedlichem Bildungsgrad und unterschiedlicher Sozialisation in offener oder geschlossener Jugendarbeit bei den Kieler Jugendlichen. Ziel der Jugendbegegnung ist es, durch direkte Begegnung von Jugendlichen aus der Türkei und aus Deutschland Vorurteile abzubauen und das Verständnis der anderen Kultur zu fördern. Im Blick auf die Lebenssituation randständiger Jugendlicher in Deutschland verfolgt die Jugendbegegnung das Ziel, Gewaltbereitschaft abzubauen.								
Kontakt: <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Institution _____ PTAV</td> <td style="width: 50%;">Telefon _____ 04343 / 9193</td> </tr> <tr> <td>Ansprechpartner _____ Sahabetin Atli</td> <td>Mobil _____ 0178 / 4863660</td> </tr> <tr> <td>Straße _____ Diedrichstr. 2</td> <td>Fax _____ 0431 / 734041</td> </tr> <tr> <td>Plz / Ort _____ 24143 Kiel</td> <td>Email-Adresse _____ Atli.I@t-online.de</td> </tr> </table>		Institution _____ PTAV	Telefon _____ 04343 / 9193	Ansprechpartner _____ Sahabetin Atli	Mobil _____ 0178 / 4863660	Straße _____ Diedrichstr. 2	Fax _____ 0431 / 734041	Plz / Ort _____ 24143 Kiel	Email-Adresse _____ Atli.I@t-online.de
Institution _____ PTAV	Telefon _____ 04343 / 9193								
Ansprechpartner _____ Sahabetin Atli	Mobil _____ 0178 / 4863660								
Straße _____ Diedrichstr. 2	Fax _____ 0431 / 734041								
Plz / Ort _____ 24143 Kiel	Email-Adresse _____ Atli.I@t-online.de								

3.3 Beispiele kommunaler Arbeit aus Schleswig-Holstein und andernorts

a) Kriminalpräventive Räte

Name der Stadt / Gemeinde	Brunsbüttel
Bezeichnung der Maßnahme	Kriminalpräventivrat (KPR)
Anlass / örtl. Problemstellung	Thematisiert wurden gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen (z.T. „Skins“) z. B. auf Spielplätzen, Schulhöfen und Sachbeschädigungen. Es sollte die gegenseitige Akzeptanz von jugendlichen Aussiedlern und Deutschen gefördert werden.
Beteiligte / Partner	Bürgermeister, Bürgervorsteherin, Beratungsstellen, Diakonisches Werk, Polizei, Jugend- und Sozialamt, Lehrer/innen, Aussiedler, Kosovo-Albaner, Bürger/innen, Förderzentrum, Gleichstellungsbeauftragte, MAKS – Mehr Aktionen für Kids (Initiative), Sport gegen Gewalt
Rolle der Stadt/Gemeinde	Der Bürgermeister hat den Vorsitz im KPR, hier werden die Aktivitäten koordiniert. Die einzelnen Projekte werden in Trägerschaft des Diakon. Werkes, des Förderzentrums/Fördervereins und des Landessportverbandes durchgeführt. Die Stadt unterstützt und begleitet die Projekte im KPR. Das Fest der Kultur ist eine städtische Veranstaltung. Einsatz von Personal durch Stadt/Gemeinde
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben möglich
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	mind. 3000 Euro für die Arbeit des KPR und zusätzliche Mittel werden projektbezogen aufgewandt (unter Einbeziehung von Landesmitteln)
Kurzbeschreibung des Projektes	Im Rahmen der Kooperation im KPR sind folgende 5 Aktionen oder Projekte hervorgegangen: — Fest der Kulturen (Informationen, Spezialitäten, Musik, Tänze, Handarbeit gemeinsam von Deutschen, Aussiedlern und Kosovo-Albanern, Türken) — Südseitentreff (Treffpunkt für jugendl. Aussiedler und Deutsche) — Sport gegen Gewalt (Sportangebote für Jugendliche) — Die Insel (im Förderzentrum werden Jugendliche speziell bei Schulproblemen betreut) — Regenbogenland (Mittagessen und Betreuung von Kindern am Nachmittag)
Erzielte Erfolge	Stadt finanziert dauerhaft pädagogisches Personal, hält betreute Grundschulen vor, unterhält ein Haus der Jugend, und arbeitet in Modellprojekten (Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune) mit. — es konnte ein Netzwerk zur Integration aufgebaut werden, — es finden regelmäßig Aktivitäten statt, — es gibt Anlaufstellen speziell für Jugendliche.
Kontakt:	

Institution _____ Stadt Brunsbüttel,
 _____ Bürgermeister

Ansprechpartner _____ Wilfried Hansen

Straße _____ Koogstr. 61-63

Plz / Ort _____ 25541 Brunsbüttel

Telefon _____ 04852 / 39 11 28

Fax _____ 04852 / 30 70

Email-Adresse _____

wilfried.hansen@stadt-brunsbuettel.de

b) Streetwork-Projekt

Name der Stadt / Gemeinde	Büdelndorf
Bezeichnung der Maßnahme	Streetwork-Projekt, Jugendbüro
Anlass / örtl. Problemstellung	Das Auftreten gewaltbereiter Jugendlicher und Skins der rechten Szene haben die Städte Büdelndorf und Rendsburg, die Gemeinde Westerrönfeld und den Ev. Kirchenkreis bewogen, vom 01.07.1994 bis 30.06.1997 an dem 3jährigen Modellprojekt „Straßensozialarbeiterprogramm“ des Landes Schleswig-Holstein teilzunehmen. Das Projekt wird seitdem interkommunal fortgesetzt.
Beteiligte / Partner	Büdelndorf, Westerrönfeld, Rendsburg, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Gemeinde Schacht-Audorf, Amt Fockbek, Gemeinde Owschlag, Amt Jevenstedt, Amt Osterrönfeld
Rolle der Stadt/Gemeinde	Trägerschaft für das Projekt seit 1.1.98 — Begleitung des Projektes und Unterstützung neuer Schwerpunkte (z. B. „Nein zu Gewalt-Rendsburger Diskotheken“) — Jugendsozialarbeit nach § 13 KJHG
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	— 1 Vollzeitstelle Sozialpädagoge/Sozialarbeiter — 1 Honorarkraft/Praktikantin im Anerkennungsjahr (Pädagogin)
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	— insgesamt 151.000 DM
Kurzbeschreibung des Projektes	Die auf den Erfahrungen des Modellversuchs eingerichtete aufsuchende Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen (desorganisierte, störende, straffällige, gewaltbereite und auto-aggressive Jugendliche) und anderen Jugendlichen wird in Trägerschaft der Stadt Büdelndorf fortgeführt.
Erzielte Erfolge	Nach Einschätzung der Polizei/Kripo hat sich das Streetwork-Projekt bewährt. Die rechte Szene und gewaltbereite Jugendliche sind „im Griff“. Die Polizei setzt sich mit Nachdruck für eine Fortsetzung des Projektes ein.

Kontakt:

Institution _____ Streetworker	Telefon _____ 04331 / 789 - 330
Ansprechpartner _____ Thomas Schmidt	Fax _____ 04331 / 789 - 510
Straße _____ Herrenstr. 11	Email-Adresse _____
Plz / Ort _____ 24768 Rendsburg	Streetwork.rd@web.de

c) Integration von jugendlichen Spätaussiedlern

Name der Stadt / Gemeinde	Bad Oldesloe
Bezeichnung der Maßnahme	Integration jugendlicher Spätaussiedler/innen
Anlass / örtl. Problemstellung	In der Vergangenheit gab es immer wieder Unruhe in der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund eines enormen Konfliktpotentials im Zuge der Auseinandersetzung zwischen der relativ großen und isolierten Gruppe jugendlicher Spätaussiedler/innen und der Polizei oder in Jugendpflegeeinrichtungen etc. Daraufhin entstanden 3 Projektschwerpunkte: — 1. Gemeinwesenprojekt „Hölle“ — 2. Fitness Boxing — 3. Jugendtreff Schanzenberg
Beteiligte / Partner	Innenministerium (S.-H.), Migrationsberatungstelle der Diakonie, Rat für Kriminalitätsverhütung, Sicherheitspartnerschaft (B.-O.), Stadtjugendpflege, VfL Bad Oldesloe, Amateurboxverband (S.-H.), Boxing TSV Plön, örtl. Sportvereine
Rolle der Stadt/Gemeinde	— materielle und personelle Aufwendungen durch Bezuschussung — Koordination und inhaltliche Begleitung — auch Moderation und gezielte Aktionen
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben
Kurzbeschreibung des Projektes	— Unterstützung und intensive Begleitung bei der schulischen und beruflichen Orientierung — Sport/Boxen gegen Fremdenfeindlichkeit (Zielgruppe: alle Nationalitäten, insbesondere Spätaussiedler) — integrative Arbeit in einem Stadtteil mit erhöhten sozialen Problemen (Jugendtreff für alle Nationalitäten)
Erzielte Erfolge	Es ist ein deutlicher Rückgang gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der ‘Szene’ (jugendliche Spätaussiedler) zu verzeichnen.
Kontakt:	

Institution _____ Stadtverwaltung Telefon _____ 04531 / 504-271
Bad Oldesloe 04531 / 504-162
Ansprechpartner _____ Uwe Gromberg Fax _____ 04531 / 504-121
Straße _____ Markt 5
Plz / Ort _____ 23843 Bad Oldesloe

d) Bündnis gegen Neonazis

Name der Stadt / Gemeinde	Elmshorn
Bezeichnung der Maßnahme	Bündnis gegen Neonazis
Anlass / örtl. Problemstellung	Aufmärsche von Neonazis Gewalttaten in Nachbarstädten
Beteiligte / Partner	Stadt Elmshorn, Gewerkschaften, Vereine, Verbände, Bürger/innen
Rolle der Stadt/Gemeinde	Bürgermeisterin arbeitet aktiv im Bündnis mit.
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	freiwillige/private Mitarbeit
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben
Kurzbeschreibung des Projektes	<input type="checkbox"/> Plakataktionen <input type="checkbox"/> Info-Veranstaltungen <input type="checkbox"/> Demonstrationen
Erzielte Erfolge	<input type="checkbox"/> Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Fremdenfeindlichkeit und Rassismus <input type="checkbox"/> Parteinahme aller größeren Sportvereine, Diskussionsbereitschaft in Schulen
Kontakt:	

Institution _____ Bürgermeisterin der
 Stadt Elmshorn

Ansprechpartner _____ Dr. Brigitte Fronzek

Straße _____ Schulstr. 15-17
 Plz / Ort _____ 25335 Elmshorn

Telefon _____ 04121 / 231 - 0
 Fax _____ 04121 / 2 23 84
 Email-Adresse _____
 stadt-elmshorn@t-online.de

e) Sport für Toleranz

Name der Stadt / Gemeinde	Flensburg
Bezeichnung der Maßnahme	Sport- und Freizeitinitiative im Netzwerk
Anlass / örtl. Problemstellung	<ul style="list-style-type: none"> — Stadtweit gibt es unterschiedliche „ethnische Gruppen“ z. B. Russlanddeutsche, Türken und Araber — Maßnahmen als Reaktion auf Krisensituation in den Stadtteilen Engelsby (rivalisierende und gewalttätige Jugendcliquen) — Förderung von Toleranz von unterschiedlichen Gruppen (ausländische und Flensburger Jugendliche) — die Maßnahmen verfolgen die Ansätze der Streetworkertätigkeit (Sport- und sonderpädagogische Maßnahmen)
Beteiligte / Partner	Stadt Flensburg; Schulen; Sportvereine; Polizei; Eltern; Landessportverband
Rolle der Stadt/Gemeinde	<ul style="list-style-type: none"> — Kostenträger — Fachpersonal — konzeptionelle Erarbeitung von Projekten
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	<ul style="list-style-type: none"> — je Streetworker ca. 15 % einer Vollzeitstelle an der eigentl. Streetworkerarbeit — städt. Mitarbeiter als Streetworker (je 38,5 Std.)
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	ca. 110.000 DM jährlich
Kurzbeschreibung des Projektes	<ul style="list-style-type: none"> — Fördern des Fairplays — Regelwerk als Grundlage gemeinschaftlichen Handelns — Förderung toleranten Verhaltens im Rahmen interkultureller Begegnungen — Übernahme von Eigenverantwortung (z. B. Jugendliche als Schiedsrichter und Organisatoren)
Erzielte Erfolge	<ul style="list-style-type: none"> — Begegnungen ermöglichen nachhaltige Beziehungen — Interesse an Gemeinschaftsveranstaltungen wuchs deutlich — Beziehungen zwischen den Teilnehmenden und den Durchführenden konnte vertieft werden

Kontakt:

Institution _____ Stadt Flensburg,
 Fachbereich 2, Jugend/Soziales/Gesundheit
 Ansprechpartner _____ Detlef Leitenberger
 Straße _____ Rathausplatz 1

Plz / Ort _____ 24937 Flensburg
 Telefon _____ 0461 / 85 - 24 90
 Fax _____ 0461 / 85 - 20 92
 Email-Adresse _____
 Jugendfoerderung@flensburg.de

f) Integration von Aussiedlern und Ausländern

Name der Stadt / Gemeinde	Marne
Bezeichnung der Maßnahme	Kriminalpräventiver Rat Marne und Umland — Arbeitsgruppe: Integration von Aussiedlern und Ausländern
Anlass / örtl. Problemstellung	Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Aussiedlern und der „rechten Szene“.
Beteiligte / Partner	Stadt Marne, Polizei, Schule, Haus der Jugend, Jugendliche, Sportvereine, Parteien, Bürger
Rolle der Stadt/Gemeinde	Moderator und Protokollführung der Arbeitsgruppe
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Die beiden Leiterinnen des Hauses der Jugend (HdJ) arbeiten in der Arbeitsgruppe mit. Maßnahmen und Aktionen werden organisatorisch begleitet und durchgeführt.
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Projektförderung durch den Landesrat für Kriminalitätsverhütung. Personal- und Sachkosten im HdJ Erlassen von Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen Sponsoring durch Handel und Gewerbe
Kurzbeschreibung des Projektes	— Sport gegen Gewalt (Streetball, Tennis, Boxen, Schwimmen) — Sprachschulung (Gesprächskreise, Theater AG, Gesangsgruppe, Tanzschule) — Seniorenbetreuung (Spiel- und Religionsabende) — Frauen helfen Frauen (Arbeitskreis zu frauenspezifischen Themen)
Erzielte Erfolge	— private Kontakte zwischen den Beteiligten — Aufnahme besonders jugendlicher Aussiedler und Ausländer in den Sportvereinen (besonders: Gymnastik und Boxen) — öffentliche Auftritte der Gesangsgruppe mit deutschen und russischen Liedern
Kontakt:	
Institution	Stadt Marne
Telefon	04851 / 95 96 - 26
Ansprechpartner	Frank Eschenbach
Fax	04851 / 95 96 - 39
Straße	Alter Kirchhof 4/5
Email-Adresse	stadt-marne@t-online.de
Plz / Ort	25709 Marne

g) Patenschaftsprojekt

Name der Stadt / Gemeinde	Schleswig
Bezeichnung der Maßnahme	Patenschaftsprojekt „Plan haben“
Anlass / örtl. Problemstellung	Gewaltbereitschaft ist häufig in der Orientierungslosigkeit der Jugendlichen begründet. Ein Pate soll als weiterer Ansprechpartner zur Familie Rat geben und Mut machen.
Beteiligte / Partner	Jugendamt Kreis Schleswig-Flensburg, Kriminalpräventiver Rat der Stadt Schleswig, Pestalozzischule (Förderschule)
Rolle der Stadt/Gemeinde	Organisation und Begleitung des Projektes
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	— Personalkosten bisher nicht beziffert
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	— Sachkosten 4.600 DM städt. Anteil — 2.000 DM Verfügungsmittel Kriminalpräventiver Rat Schleswig
Kurzbeschreibung des Projektes	Das Projekt richtet sich in der Regel an Kinder und Jugendliche im Alter von 12 Jahren, die sich noch nicht an gängige Normen anpassen wollen oder können. Unterstützung der Eltern bei der Erziehungsarbeit: Dazu sollen Paten beratende Rollen übernehmen und eine vertrauensvolle Beziehung zu dem Jugendlichen aufbauen. Voraussichtlich wird das Projekt von der Uni Flensburg (Bereich Pädagogik) in Form einer Evaluation wissenschaftlich begleitet.
Erzielte Erfolge	noch keine Aussage möglich

Kontakt:

Institution _____ Stadt Schleswig, Plz / Ort _____ 24837 Schleswig
 Die Gleichstellungsbeauftragte Telefon _____ 04621 / 814 - 15
 Ansprechpartner _____ Karin Petersen-Nissen Fax _____ 04621 / 814 - 229
 Straße _____ Rathausmarkt 1 Email-Adresse _____ Stadt@schleswig.de

h) Interkulturelle Wochen

Name der Stadt / Gemeinde	Landeshauptstadt Kiel
Bezeichnung der Maßnahme	Interkulturelle Wochen – Vielfalt in Kiel (seit 1992 im September zwischen 7 und 20 Tagen Dauer)
Anlass / örtl. Problemstellung	Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs: Kennenlernen und Begegnung zwischen Einheimischen und MigrantInnen sowie die Vernetzung zwischen haupt- und ehrenamtlichen Gruppen und Vereinen soll gefördert werden.
Beteiligte / Partner	Mittlerweile über 100 Gruppen und Vereine
Rolle der Stadt/Gemeinde	Koordination der Angebote, Einladung und Protokoll der Vorbereitungstreffen, Unterstützung der Gruppen und Vereine bei der Organisation, Einwerben und Beantragen von Fördermitteln, Eröffnungsfeier, Öffentlichkeitsarbeit
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	MitarbeiterInnen des Amtes für Soziale Dienste / Referats für Ausländerinnen und Ausländer, insgesamt ca. 1 Planstelle
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Bezuschussung einzelner Projekte und Maßnahmen, zum Beispiel die Eröffnungsfeier, Öffentlichkeitsarbeit (Erstellung und Verteilung von Programmen, Plakaten), insgesamt ca. 25.000 DM
Kurzbeschreibung des Projektes	Durch Feste, Ausstellungen, Filme, Konzerte, Weiterbildungsveranstaltungen, Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Besuchsaktionen wird der Dialog zwischen ethnischen, kulturellen und religiösen Gruppen in Kiel gefördert, unterstützt und einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Die Verbände, Vereine und Gruppen arbeiten in einer Arbeitsgruppe an dem gemeinsamen Programm der Interkulturellen Wochen und stimmen die inhaltlichen und kulturellen Angebote ab.
Erzielte Erfolge	Vernetzung vieler Vereine und Gruppen, interreligiöse Arbeitskreise mit christlichen, islamischen und anderen religiösen Gemeinden, Kulturelle Vielfalt wird bekannt und weckt zunehmend Interesse bei der Bevölkerung Kiels und der Umgebung.

Kontakt:

Institution _____ Landeshauptstadt	Plz / Ort _____ 24116 Kiel
Kiel, Amt für soziale Dienste, Referat für	Telefon _____ 0431 / 901 - 24 30
Ausländerinnen und Ausländer	Fax _____ 0431 / 901 - 6 29 37
Ansprechpartner _____ Birgit Lawrenz	Email-Adresse _____
Straße _____ Stephan-Heinzel-Str. 2	Birgit.Lawrenz@LHStadt.kiel.de

i) Bürgerkonferenz für Demokratie und Toleranz

Name der Stadt / Gemeinde	Landeshauptstadt Kiel
Bezeichnung der Maßnahme	Begegnungstage Mettenhof, Open-Space-Bürgerkonferenz zum Thema „Demokratie und Toleranz fördern“ am 3./4. und 10./11. Nov. 2001 in Mettenhof und Gaarden
Anlass / örtl. Problemstellung	Stadtteile mit hohem Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund Bundesweite Aktion „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Beteiligte / Partner	Jugendaufbauwerk Kiel, Jugendbüro Mettenhof, Max-Tau-Schule, Jugendinginformation Kurbel, Amt für Soziale Dienste
Rolle der Stadt/Gemeinde	Organisation der Konferenz
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Jugendamt der Stadt
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Bundesmittel
Kurzbeschreibung des Projektes	<ul style="list-style-type: none"> — Vernetzung von örtlich aktiven Privatpersonen, Gewerbetreibenden, Institutionen — Gewinnung neuer Partner für die zukünftige Arbeit — Generationenübergreifender und themenorientierter Erfahrungsaustausch in Gruppen nach Einzelschwerpunkten — Sammeln und Dokumentieren von Ideen und Handlungskonzepten — Förderung der örtlichen Diskussion über aktuelle Stadtteilprobleme und Darstellung von Lösungsansätzen — Dokumentation der Veranstaltung zum Ideentransfer — Langfristige Wirkung durch Initiierung von Folgeprojekten
Erzielte Erfolge	An den vier Tagen kamen zwischen 85 und 180 Personen, um an den überwiegend spontan entstehenden Workshops teilzunehmen. Daraus entstanden 9 Umsetzungsgruppen, die sich über die Veranstaltung hinaus weiterhin treffen wollen, um für den jeweiligen Stadtteil konkret zu arbeiten. Es wurde durch intensive Kontakte zwischen BürgerInnen und Institutionen des Stadtteil das soziale Netzwerk gestärkt.
Kontakt: Institution _____ Landeshauptstadt Kiel, Jugendamt Telefon _____ 0431 / 901 - 31 63 Ansprechpartner _____ Ernst-Traugott Krutz Fax _____ 0431 / 901 - 6 31 17 Straße _____ Andreas-Gayk-Str. 31 Email-Adresse _____ E.Krutz@lhstadt.kiel.de Plz / Ort _____ 24103 Kiel	

j) Bündnis der Generationen und Nationen

Name der Stadt / Gemeinde	Hilden								
Bezeichnung der Maßnahme	Bündnis der Generationen und Nationen								
Anlass / örtl. Problemstellung	Stadt Hilden veranstaltete in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen eine Aktionsreihe gegen rechte Gewalt. Das Seniorenzentrum war eine dieser Einrichtungen, die dann auf die Schule zukam.								
Beteiligte / Partner	Seniorenzentrum Hilden und Wilhelm-Fabry-Realschule Hilden								
Rolle der Stadt/Gemeinde	Stadt organisierte Veranstaltungsreihe								
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Keine Angaben möglich								
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Stadt finanzierte Plakataktion der Schüler (ca. 5000 DM)								
Kurzbeschreibung des Projektes	Schüler aus Sozialwissenschafts-Kursen der Realschule interviewen Zeitzeugen des Nationalsozialismus und ausländische Mitarbeiter des Seniorenzentrums zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ziel ist die Sensibilisierung von Schülern für Themen des Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, generationenübergreifender Ansatz unter Einbeziehung von Zeitzeugen und Senioren.								
Erzielte Erfolge	Die Interviews mit den Zeitzeugen haben sich als sehr ergiebig für den unterrichtlichen Zusammenhang (Unterrichtsreihe Rechtsextremismus) erwiesen, da die Schüler auf lebendige Informationen zurückgreifen konnte. Des weiteren erarbeiteten die Schüler im Rahmen des Projektes eine Fotoausstellung, die sowohl im Seniorenzentrum, der Schule und anderen städtischen Einrichtungen Anerkennung durch Bürgermeister, Presse und Bürger fand.								
Kontakt: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Institution _____ Wilhelm-Fabry-Realschule Hilden</td> <td style="width: 50%;">Telefon _____ 02103 / 9 64 69 - 0</td> </tr> <tr> <td>Ansprechpartner _____ Gabriele Offele</td> <td>Fax _____ 02103 / 9 64 69 - 28</td> </tr> <tr> <td>Straße _____ Holterhöfchen 26</td> <td>Email-Adresse _____ W-Fabry-Realschule@t-online.de</td> </tr> <tr> <td>Plz / Ort _____ 40721 Hilden</td> <td>Internet-Adresse _____ www.hilden.de/WFRS/</td> </tr> </table>		Institution _____ Wilhelm-Fabry-Realschule Hilden	Telefon _____ 02103 / 9 64 69 - 0	Ansprechpartner _____ Gabriele Offele	Fax _____ 02103 / 9 64 69 - 28	Straße _____ Holterhöfchen 26	Email-Adresse _____ W-Fabry-Realschule@t-online.de	Plz / Ort _____ 40721 Hilden	Internet-Adresse _____ www.hilden.de/WFRS/
Institution _____ Wilhelm-Fabry-Realschule Hilden	Telefon _____ 02103 / 9 64 69 - 0								
Ansprechpartner _____ Gabriele Offele	Fax _____ 02103 / 9 64 69 - 28								
Straße _____ Holterhöfchen 26	Email-Adresse _____ W-Fabry-Realschule@t-online.de								
Plz / Ort _____ 40721 Hilden	Internet-Adresse _____ www.hilden.de/WFRS/								

k) KZ-Gedenkstätte

Name der Stadt / Gemeinde	Ladelund
Bezeichnung der Maßnahme	KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte
Anlass / örtl. Problemstellung	Zwangsarbeit und Vernichtung durch Arbeit im 2. Weltkrieg Neun Massengräber der KZ-Toten, namentliche Registrierung der Opfer, Erinnern und Gedenken am historischen Ort langjährige Begegnungs- und Versöhnungsarbeit mit Überlebenden und mit Angehörigen der Opfer
Beteiligte / Partner	Kirchengemeinde St. Petri Ladelund & Kirchenkreis Südtondern; Stichting Putten Oktober 1944 (NL); Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge; Nordelbische Ev.-Luth. Kirche; Ministerium für Bildung, Forschung, Wissenschaft u. Kultur des Landes Schleswig-Holstein; Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (in Vorbereitung), Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Rolle der Stadt/Gemeinde	Die Kirchengemeinde St. Petri Ladelund (Ortsgemeinde) ist Trägerin der Gedenkstätte. Die Bevölkerung unterstützt die Arbeit der Gedenkstätte durch Einquartierung der internationalen Gäste, darunter auch zahlreiche Angehörige der KZ-Opfer; z. T. sind Freundschaften z. B. mit Betroffenen aus den Niederlanden und Polen gewachsen
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Pädagogisch-theologische Fachkraft als Leiterin; 2 x 50 % Zivildienstleistende für Aufsicht, Haus- und Gartenarbeiten, 6 Wochenstunden Friedhofsgärtner
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Der eigene Haushalt wird von Mitteln der Kirchengemeinde Ladelund, des Kirchenkreises Südtondern, der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, des Landes Schleswig-Holstein sowie aus Spenden und Kollekten gespeist.
Kurzbeschreibung des Projektes	<ul style="list-style-type: none"> — Dokumentation der Misshandlungen von Zwangsarbeitern aus 13 Nationen in Ladelund — Darstellung des besonderen Schicksals der niederländischen Gemeinde Putten — Dokumentation der außergewöhnlichen Nachgeschichte — exemplarische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit am authentischen Ort — durchgehend Gruppenbetreuung, Führungen — pädagogische Arbeit mit Schulgruppen und Gruppen der außerschulischen Bildung — erwachsenenpädagogische Arbeit z. B. mit Seniorengruppen — Betreuung und Gespräche mit Zeitzeugen und Angehörigen — öffentliche Veranstaltungen, Sonderausstellungen und besondere Gedenkveranstaltungen — Öffentlichkeitsarbeit
Erzielte Erfolge	<p>Die KZ- Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist die älteste in Deutschland, die bereits 1950 offiziell und mit Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen der Opfer die Gedenkarbeit begonnen hat. Seither sind Versöhnung und Verständigung kontinuierlich gewachsen. 1990 wurde ein Dokumentenhaus errichtet, das die historische Dauerausstellung des KZ Ladelund beherbergt. Seit 1995 gibt es eine hauptamtliche Leitung. Die Gedenkstätte wird seither auch vom Land Schleswig-Holstein und von der Nordelbischen Kirche gefördert.</p> <p>Jährlich besuchen z. Z. ca. 11000 BesucherInnen die Gedenkstätte. Über 270 Gruppen, darunter viele Schulen, aber auch z. B. Bundeswehrgruppen, Jugendgruppen, Senioren u. a. nehmen die Angebote von Information, Gesprächen, pädagogischer und erwachsenenpädagogischer Arbeit am historischen Ort wahr.</p>
Kontakt:	
Institution	KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund
Ansprechpartner	Karin Penno
Straße	Raiffeisenstr.3
Plz / Ort	25926 Ladelund
Telefon	04666 / 449
Fax	04666 / 98 95 37
Email-Adresse	k.penno@kz-gedenkstaette-ladelund.de
Homepage	www.kz-gedenkstaette-ladelund.de

1) Mobiles Beratungsteam

Name der Stadt / Gemeinde	Zuständig für alle Gemeinden und Städte, kreisfreien Städte und Landkreise im Land Brandenburg
Bezeichnung der Maßnahme	Das Mobile Beratungsteam, eine Untergliederung der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.) arbeitet im Auftrag der Landesregierung Brandenburg. 10 Teamerinnen und Teamer sind jeweils zu zweit für mehrere Landkreise bzw. kreisfreie Städte verantwortlich (5 Regionen)
Anlass / örtl. Problemstellung	Angriffe mit rechtsextremer bzw. rassistischer Motivation. Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bzw. das vorhandene Bedürfnis vor Ort, in Abwehr rechtsextremer und rassistischer Einstellungen Hilfestellung zu erhalten.
Beteiligte / Partner	Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden, Vereine, Verbände, Politikerinnen und Politiker im kommunalen und regionalen Bereich und auf Landesebene. Öffentliche Verwaltungen u. a. je nach Situation und Gegebenheiten.
Rolle der Stadt/Gemeinde	gegebenenfalls Unterstützung und Beteiligung
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Das MBT verantwortet grundsätzlich keine eigenen Projekte! Aufgabe ist es die vorhandenen Ressourcen vor Ort zu nutzen und zu stärken.
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Das Mobile Beratungsteam wird gegenwärtig ausschließlich aus Mitteln des Landes Brandenburg finanziert.
Kurzbeschreibung des Projektes	<ul style="list-style-type: none"> — Information zur Thematik Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, Analyse, Dokumentation, Referententätigkeit, Fort- und Weiterbildung — Beratung von Bürgern, Initiativen, freien Trägern, Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden und Verantwortungsträgern in der kommunalen Öffentlichkeit (z. B. Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder, Bürgermeister/innen, Mitarbeiter der Verwaltungen) — Moderation, Unterstützung und Mitentwicklung lokaler Handlungskonzepte für ein an demokratischen Grundwerten orientiertes Gemeinwesen — Stärkung der Zivilcourage (Partizipationswillen) einzelner Bürger und Gruppen durch Unterstützung bei der Durchführung von Foren, Veranstaltungen sowie Begleitung in konkreten Krisensituationen — Vernetzung und Kooperation der handelnden Personen lokal und überregional — Unterstützung bei der Suche nach neuen und alten Formen der Bürgerbeteiligung in öffentl. Angelegenheiten
Erzielte Erfolge	Grundsatz der Beratungstätigkeit: Mögliche Erfolge im Sinne der Stärkung einer sich demokratisch leitenden Zivilgesellschaft gehören den Akteurinnen und Akteuren vor Ort. In gebotener Vorsicht und ohne flächendeckende Bestandsaufnahme: Im Zeitraum der bisherigen Beratungstätigkeit (3 Jahre) kann eine zunehmende Sensibilität und wachsendes Engagement zivilgesellschaftlicher Kräfte in den Regionen beschrieben werden.

Kontakt:

Institution _____	Mobiles Beratungsteam – Tolerantes Brandenburg,	Plz / Ort _____	14469 Potsdam
Geschäftsstelle _____		Telefon _____	0331 / 740 - 6246
Ansprechpartner _____	Wolfram Hülsemann		0171 / 6 23 52 00
Straße _____	Eisenhardtstr. 13	Fax _____	0331 / 740 - 62 47
		Email-Adresse _____	mobiles-beratungsteam@jpberlin.de

m) Jugendarbeit nach rechtsextremen Gewaltanschlägen

Name der Stadt / Gemeinde	Möln
Bezeichnung der Maßnahme	Bildungsprojekt: Integration, Demokratie und Toleranz erleben in der Begegnungsstätte Möln <i>In Vorbereitung</i>
Anlass / örtl. Problemstellung	<ul style="list-style-type: none"> — Inhaltliches Füllen des Erinnerns und Auseinandersetzung mit den rechtsextremistischen Brandanschläge in Möln November 92, bei denen 3 Migrantinnen ermordet wurden. — Regelmäßige und nachhaltige Jugendbildungsarbeit in unmittelbarer räumlicher Nähe des „Möllner Anschlag“
Beteiligte / Partner	Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten, Parteien, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, runder Tisch örtlicher Meinungs- und Funktionsträger
Rolle der Stadt/Gemeinde	Mitglied der Planungskommission
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	Bisher: Stadtarchivar soll begleitend freigestellt werden, Mitarbeit der Kulturamtsleiterin und des Kulturausschussvorsitzenden bei der Planung und Realisierung der Finanzierung
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Bisher: Übernahme von 90 % der Betriebskosten der Räumlichkeiten
Kurzbeschreibung des Projektes	<p>Handlungsorientierter Projektunterricht:</p> <p>6 Lehrerstunden pro Woche in der Internationalen Begegnungsstätte in Möln sollen Möglichkeiten der Aufarbeitung der neuzeitlichen Geschichte geben, u. a. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und den Folgen</p> <p>Zielgruppe: Schulklassen, jugendliche Besuchergruppen in Möln, Jugendherberggruppen etc.</p>
Erzielte Erfolge	Bisher: Vernetzung gesellschaftlicher Funktionsträger und Gründung eines „Runden Tisches“ zur Verwirklichung des Konzeptes bis zum 23. 11. 2002 (10. Jahrestag der Möllner Anschläge), Konzept findet allseits Anerkennung

Kontakt:

Institution _____ Verein Miteinander
 Leben e. V., Internationale Begegnungs-
 stätte Möln – „Lohgerberei“
 Ansprechpartner _____ Manfred Kerl

Straße _____ Duvenseer Straße 2a
 Plz / Ort _____ 23898 Kühsen
 Telefon _____ 04543 / 89 89 55
 Fax _____ 04543 / 89 89 56
 Email-Adresse _____ makerl@t-online.de

n) Raus aus der rechten Clique – aber wie?

Name der Stadt / Gemeinde / Kreis	Kreis Pinneberg			
Bezeichnung der Maßnahme	Raus aus der rechten Clique – aber wie? Aussteigerprogramm für Jugendliche in der rechten Szene, die über eine Telefonnummer Kontakt zu Ansprechpartnern bekommen können.			
Anlass / örtl. Problemstellung	Vorfälle in verschiedenen Gemeinden			
Beteiligte / Partner	Amtsgericht Elmshorn, Verein für Jugendhilfe, Internationaler Bund- IB Elmshorn, Jugendpflege Rellingen, Jugendgerichtshilfe, Kreisjugendpflege, Kreisjugendschutz			
Rolle der Stadt/Gemeinde	Projektträger ist die Kreisverwaltung Pinneberg / Jugendamt / Fachdienst Jugend und Familie Ansprechpartner ist der Jugendpfleger der Gemeinde Rellingen			
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	2 Personen als direkte Ansprechpartner. Darüber hinaus regionale Jugendhilfeträger im Rahmen von Einzelfallhilfen (z. B. gemäss gesetzlicher Grundlagen)			
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	Im Jahr 2001 standen für das 3. und 4. Quartal gesamt 5.000 DM aus Mitteln des Kreises Pinneberg, als Projektmittel zur Abwehr gegen Rechtsextremismus zur Verfügung.			
Kurzbeschreibung des Projektes	Über eine Handynummer (0173-9358874) können sich Aussteigwillige selbst, aber auch Angehörige, Lehrer und Bekannte melden, um ein erstes Gespräch und ggf. weitere Hilfen zu erhalten. Den Jugendlichen werden Ansprechpartner zur Seite gestellt, die sich ihrer persönlichen Probleme annehmen und sie auf ihrem Weg aus der rechten Szene zuverlässig begleiten. Die Hilfe wird themenbezogen, sozialräumlich und niedrigschwellig angesetzt. Sie soll sich soweit wie möglich an den Erfordernissen des Einzelnen orientieren. Langfristiges Ziel ist es darüber hinaus ein möglichst großes Netzwerk von Hilfsangeboten planerisch zusammen zu führen.			
Erzielte Erfolge	Noch nicht nennbar.			
	Kontakt: <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Institution _____ Jugendpfleger der Gemeinde Rellingen und Kreisverwaltung Pinneberg / Jugendamt / Fachdienst Jugend und Familie Ansprechpartner _____ Christoph Helms </td> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Straße _____ Hauptstr. 60 Plz / Ort _____ 25462 Rellingen Telefon _____ 04101 / 564 - 0 Fax _____ 04101 / 564 - 165 Email-Adresse _____ kreis-pinneberg.fd34-3@gmx.de </td> </tr> </table>		Institution _____ Jugendpfleger der Gemeinde Rellingen und Kreisverwaltung Pinneberg / Jugendamt / Fachdienst Jugend und Familie Ansprechpartner _____ Christoph Helms	Straße _____ Hauptstr. 60 Plz / Ort _____ 25462 Rellingen Telefon _____ 04101 / 564 - 0 Fax _____ 04101 / 564 - 165 Email-Adresse _____ kreis-pinneberg.fd34-3@gmx.de
Institution _____ Jugendpfleger der Gemeinde Rellingen und Kreisverwaltung Pinneberg / Jugendamt / Fachdienst Jugend und Familie Ansprechpartner _____ Christoph Helms	Straße _____ Hauptstr. 60 Plz / Ort _____ 25462 Rellingen Telefon _____ 04101 / 564 - 0 Fax _____ 04101 / 564 - 165 Email-Adresse _____ kreis-pinneberg.fd34-3@gmx.de			

o) Integrationsvereinbarungen mit SpätaussiedlernInnen

Name der Stadt / Gemeinde	Kiel		
Bezeichnung der Maßnahme	KISS – Kieler Integrationsvereinbarung mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern		
Anlass / örtl. Problemstellung	Erprobung gezielter Integrationsbegleitung von Neuzuwanderern		
Beteiligte / Partner	Bundesverwaltungsamt, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsamt, Volkshochschule, Christlicher Verein zur Förderung soz. Initiativen Kiel, Verein Migration, Sportvereine, ISFA, BFW, DRK usw.		
Rolle der Stadt/Gemeinde	Kooperation der betroffenen Ämter und Information der Klienten über das Projektangebot durch die städtischen Mitarbeiter		
Einsatz von Personal durch Stadt / Gemeinde	nein		
Einsatz von Finanzen durch Stadt / Gemeinde	nein		
Kurzbeschreibung des Projektes	Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge werden im Rahmen von Integrationsvereinbarungen gezielt beraten, begleitet und unterstützt, um möglichst effektiv und nachhaltig gemeinsam entwickelte realistische individuelle Integrationsziele zu erreichen. Arbeitsmethode: Case Management.		
Erzielte Erfolge	<ul style="list-style-type: none"> — Vermittlung in Sprachkurse, Arbeitsstellen, Praktika, Bewerbungstraining u.ä. — Stärkung des Selbstwertgefühls, — Kompetenzsteigerung der Klienten — Konfliktminderung im Umfeld — Transparenz des pädagogischen Prozesses 		
Kontakt:			
Institution _____	Arbeiterwohlfahrt	Plz / Ort _____	24105 Kiel
Schleswig-Holstein, Referat Migration		Telefon _____	0431 / 55 76 90 - 3
Ansprechpartner _____	Michael Treiber	Fax _____	0431 / 55 76 90 - 9
Straße _____	Feldstraße 5	Email-Adresse _____	Migration@awo-sh.de

3.4 Umgang mit Gedenktagen

Jährlich wiederkehrende Gedenktage sind geeignet, um besondere Projektstage zur Stärkung von Fremdenfreundlichkeit und Toleranz und zur Überwindung von Gewalt und Rassismus zu gestalten. Als Gedenktage in diesem Zusammenhang können

- der 27. Januar (Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus)
- der 8. Mai (Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft),
- der 21. März (Internationaler Antirassismustag der Vereinten Nationen),
- der 1. September (Internationale Antikriegstag),
- die letzte Septemberwoche (interkulturelle Woche),
- der 9. November (Pogromnacht).
- der Volkstrauertag

gelten. In einigen Kommunen werden beispielsweise an diesen Tagen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen und Vereinen besondere Ausstellungen zum Thema gezeigt, Seminare und Konzerte veranstaltet oder Projektstage organisiert. Exemplarisch sei insoweit auf das oben (Ziff. 4 c) dargestellte Beispiel aus Ladelund verwiesen.

4. Sprache und Vorurteile

Durch Sprache erfolgt ein Großteil der Verständigung zwischen Menschen. Sprache ist für uns selbstverständlich und wird deshalb manchmal gedankenlos eingesetzt. Dabei können auch Formulierungen benutzt werden, die bei genaueren Überlegungen nicht fallen würden, da sie eine Abwertung beinhalten. Solche Formulierungen können bei Betroffenen viel zerstören, so dass ein unbedachter Sprachgebrauch zum Abbruch der gegenseitigen Verständigung führen kann.

Sprache wird durch Medien, Werbewirtschaft oder z. B. durch Politiker oft gezielt als Instrument zur Meinungsmanipulation eingesetzt. Sprache kann mit dem wiederholten Gebrauch von abwertenden Begriffen oder Zusammenhängen wie z. B. „Asylanten“, „Neger“, „Kinder statt Inder“, „Kanake“, „Schwuchtel“ oder „Spasti“ Stimmung machen, Vorurteile verursachen oder vertiefen.

Rechtsextremisten setzen Sprache bewusst als Mittel ein. Sie benutzen eine einfache Sprache, die viele Schlagworte enthält und zur Abwertungen von anderen führen soll. Es ist also wichtig, bewusst und sensibel mit der Sprache umzugehen und darauf zu achten, dass man nicht in denselben Sprachgebrauch fällt und evtl. etwas anderes ausdrückt, als man gemeint hat.

Wenn es möglich ist, sollte ganz bewusst mit Sprache „dageengehalten“ werden.

4.1 Argumentieren mit Rechtsextremen – Umgang mit rechtsextremer Argumentation

Häufig muss man die Erfahrung machen, dass es ausgesprochen schwierig ist, Gegenargumente gegen Parolen und Schlagworte zu vertreten, denn: im Gegensatz zu den zugespitzten rechtsextremen Schlagworten und Parolen sind die dahinter stehenden Themen umfangreich, komplex und müssen differenziert betrachtet werden. Daher kann es auf Parolen so gut wie keine Gegenparolen geben.

Die Gefährlichkeit der Parolen liegt darin, dass der Schritt von der verbalen zur handelnden Aggression leicht vollzogen werden kann. Als Strategien gegen rechtsextreme Parolen können Logik und direktes Nachfragen eingesetzt werden. Auf Belehrungen hingegen sollte man verzichten, da durch Belehrungen Abwehr geschaffen wird. Aber auch Überheblichkeit in Form von pathetisch oder moralisierend vorgebrachten Gegenpositionen provoziert Widerstand und sollte deshalb auch vermieden werden.

Es kann helfen, sich vor Diskussionen und verbalen Auseinandersetzungen über einige Punkte klar zu werden, um bei Gesprächen das eigene Ziel zu kennen und nicht aus den Augen zu verlieren.

Bei dieser Zielklärung können die hier aufgeführten Stichpunkte hilfreich sein:

Was ist für mich das (realistische) Ziel des Gesprächs / der Auseinandersetzung?

- ___ Geht es mir darum Grenzen zu setzen und Werte zu verteidigen oder liegt das Hauptziel der Auseinandersetzung darin, einen Kontakt zum Gegenüber herzustellen?
- ___ Oder aber versuche ich, andere ins Boot zu holen und überzeugen zu wollen?
- ___ Diese oder ähnliche Fragen können helfen, das eigene Ziel festzulegen.

Wer ist die Zielgruppe meiner Argumentation?

- ___ Führe ich das Gespräch mit Jugendlichen oder mit Erwachsenen?
- ___ Weiter ist es sinnvoll zu überlegen, ob die Beteiligten den Inhalten rechtsextremer Argumentation gegenüber eher unentschlossen sind oder ob sie gegenüber rechtsextremen Inhalten eine gefährdete (bzw. interessiert / aufgeschlossene) Position einnehmen oder ob sie von diesen Inhalten vollkommen überzeugt sind.

Wie ist die Gesprächssituation einzuschätzen?

- ___ Auch zum Thema Einschätzung der Gesprächssituation ist es sinnvoll, sich vorher zu überlegen in welcher Runde ich mich befinde. Stehe ich auf einem Podium in einer anonymen Situation oder befinde ich mich in einer kleinen Runde und kann die Menschen direkt ansprechen?
- ___ Wenn man mit Schulklassen oder Jugendgruppen spricht, sollte man sich auf die Jugendlichen und ihre Interessen einstellen. Wollen sie mich provozieren? Was könnte mein wunder Punkt sein, bei dem ich „anspringe“?

— Die Gruppendynamik und bestehende Kräfteverhältnisse spielen ebenfalls eine Rolle, ob ein Dialog oder ein Schlagabtausch stattfinden wird. Dazu gehört auch die Frage nach der Polarisierung der Anwesenden (ob z. B. Mitglieder aus Antifa-Gruppen anwesend sind und/oder geschulte rechtsextreme Redner) und der Haltung des (passiven?) Publikums.

— Wer werden die Wortführer sein, ist Alkohol im Spiel und die Frage nach den Sympathieträgern können schon im Vorfeld zu einer Klärung für den möglichen Verlauf der Auseinandersetzung führen.

— Es sollte ebenfalls genau überlegt werden, ob man mit der Diskussion Rechtsextremen überhaupt erst ein Forum für ihre Ideologie bietet.

Worum geht es inhaltlich?

— Soll in der Diskussion eine Wissensvermittlung stattfinden oder sollen Vorurteile und Ängste der Menschen behandelt werden?

— Geht es um das Leugnen der Vergangenheit, um rechtspopulistische Äußerungen oder um Probleme der Gegenwart? Je nach Fragestellung muss eine andere inhaltliche Vorbereitung erfolgen.

Wie geht es mir in dieser Situation vermutlich?

— Wenn ich mich gut auskenne, werde ich mich in der Diskussion vermutlich besser fühlen. Aber bin ich argumentativ auch meinem Gegenüber gewachsen? Wie steht es um meine eigenen Emotionalität in dieser Situation? Fühle ich mich persönlich angegriffen?

Abbruch von Gesprächen

— Schon vor einer möglicherweise schwierigen Auseinandersetzung sollte man sich überlegen, ob, wann und wie ein Gespräch abgebrochen werden kann, bzw. ob man das Gespräch besser schon im Vorfeld ablehnen sollte und aus welchen Gründen dies geschehen könnte.

— Man kann sich sicher nicht auf alles vorbereiten, aber durch eine Klärung dieser Fragen kann man sein eigenes Handeln in bestimmten Situation besser verstehen und angemessener reagieren.

4.2 Häufige Vorurteile und Kurzargumente dagegen

„Das sind doch alles Terroristen!“

— Keiner ist Terrorist, nur weil er zu einer Glaubensgemeinschaft oder Nation gehört. Viele Muslime sind ebenso entsetzt wie wir über die Anschläge in New York.

— Auch in Deutschland gab es seit den 70er Jahren Terroristen, die unseren Staat und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt haben.

„Die Ausländer leben auf unsere Kosten!“

— Ausländer erwirtschaften allein durch Steuern und Sozialversicherung mehr, als für sie ausgegeben wird:

— So erarbeiteten die ca. 2 Millionen erwerbstätigen Ausländer ein Bruttosozialprodukt von ca. 128 Milliarden EUR. Davon werden mehr als 51,1 Milliarden EUR als Steuern und Abgaben dem Staat zugeführt. Die Gesamtausgaben für Ausländer betragen dem gegenüber lediglich 35,7 Milliarden EUR, so dass dem Staat ein „Gewinn“ von ca. 15,3 Milliarden EUR bleibt. (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, 1996)

„Ausländer nehmen uns die Wohnungen weg!“

— Die Wohnungsversorgung vollzieht sich größtenteils über Marktprozesse. Die Qualität der Wohnungsversorgung ist somit primär einkommensabhängig. Da Migrantenhaushalte im Durchschnitt einkommens- und vermögensschwächer sind als deutsche Haushalte, sind sie automatisch auch auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Daneben gibt es die sozialen Zugangsbarrieren durch zum Teil ausgeprägte Vorurteile von Vermieterinnen und Vermietern und Nachbarn. Wohnungssuchende Migrantenhaushalte werden sowohl auf Grund ihrer Herkunft als auch auf Grund ihres Kinderreichtums diskriminiert.

— Daher ist die Qualität des von MigrantInnen bewohnten Wohnraums in der Regel sehr gering. Viele leben in Wohnungen mit baulichen Mängeln und schlechter Ausstattung und zahlen dafür überdurchschnittlich hohe Mieten. Diese Wohnungen befinden sich häufig in Stadtteilen mit vergleichbar geringerer Wohn- und Lebensqualität. Wer es sich finanziell leisten kann, verlässt diese Stadtteile.

„Ausländer nehmen den Deutschen die Frauen und Mädchen weg!“

— Frauen können in Deutschland selbst entscheiden, mit wem sie Partnerschaften eingehen.

„Ausländer sind kriminell!“

— Ein gutes Drittel der Ermittlungen gegen Ausländer betrifft ein Delikt, das Deutsche gar nicht begehen können: Verstoß gegen das Ausländer- oder Asylgesetz. Ein weiteres Drittel der sog. „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ betrifft Touristen oder Menschen ohne legalen Aufenthalt. Diese werden von der Statistik nicht erfasst, und können zahlenmäßig daher auch nicht mit der Wohnbevölkerung verglichen werden. Die polizeiliche Statistik zählt lediglich Tatverdächtige. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen geht – so die Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums – bundesweit betrachtet seit Jahren zurück. Beim Anteil verurteilter Straftäter liegt der Ausländeranteil durchschnittlich 5 % niedriger als bei den Deutschen.

„Ausländer sind so dumm, die können ja noch nicht mal richtig deutsch!“

— Intelligenz hat nichts mit der Nationalität zu tun, oft wird mangelnde Sprachbeherrschung mit mangelnder Intelligenz gleichgesetzt. Spracherwerb ist abhängig von den Bedingungen, unter denen gelernt wird und den Möglichkeiten, das Gelernte anzuwenden.

„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!“

— Das ist nicht möglich, da erst Einreise- und Aufenthaltserlaubnis, Wohnungsnachweis und andere Papiere nötig sind, bevor ein Ausländer eine Arbeitsgenehmigung bekommt. Außerdem ist gesetzlich geregelt, dass Inländer und EU-Bürger bei Bewerbungen für die gleiche Stelle einem Ausländer vorgezogen werden müssen („Inländervorrang“ und „Anwerbestopp“).

— Viele Ausländer arbeiten vor allem auch in Bereichen, in denen Deutsche nicht gerne arbeiten, z. B. in der Produktion, als Hilfskräfte oder Reinigungsbetrieben.

— Ausländer schaffen demgegenüber in Deutschland viele Arbeitsplätze. Die ca. 250.000 selbstständigen Ausländer beschäftigen immerhin 570.000 Arbeitnehmer, Tendenz steigend. Es leben ca. 9 Millionen Ausländer in Deutschland, davon sind rund zwei Millionen erwerbstätig. Sie erwirtschaften jährlich ein Bruttosozialprodukt von ca. 128 Milliarden EUR. Dieses Geld wird zum Großteil in Deutschland ausgegeben, stärkt die Kaufkraft und sichert Arbeitsplätze – hauptsächlich deutsche.

„Asylanten können sofort zwei deutsche Worte: Asyl und Sozialamt.“

— Ein verbreitetes Vorurteil besagt, dass es Flüchtlinge nur auf die Sozialleistungen des deutschen Staates abgesehen haben. Sie werden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Scheinasylanten“ diffamiert. Die Aussage meint, es wäre nicht akzeptabel, wenn Menschen aus wirtschaftlicher Not nach Deutschland kommen. Das Vorurteil wird mit der niedrigen Anerkennungsquote von Asylbewerbern begründet: Nur zwischen 3 und 9 Prozent aller Antragsteller werden als Asylberechtigte anerkannt. Da jedoch unser Asylrecht z. B. Bürgerkrieg, Terror, „ortsübliche Folter“ (z. B. Prügelstrafe) nicht als Fluchtgründe anerkennt, kommen wesentlich mehr verfolgte Flüchtlinge nach Deutschland als uns die Anerkennungsquote glauben macht.

— Flüchtlinge dürfen keine „selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeit“ ausüben. Das Ausländerrecht machte sie also zwangsläufig von Sozialleistungen abhängig. Sie dürfen erst nach einer einjährigen Wartezeit unter eingeschränkten Bedingungen arbeiten, und zwar nur in Bereichen, wo kein Deutscher, EU-Bürger oder Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung zur Verfügung steht.

„Unter Hitler konnte man noch sicher über die Straße gehen.“

— Für alle Juden, Homosexuelle und politisch Andersdenkende traf dies nicht zu. Nicht zu vergessen ist die alltägliche Zensur, die gleichgeschaltete Presse und die dadurch stark eingeschränkte Medienberichterstattung über die tatsächliche Sicherheit.

— Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass Deutschland heute einerseits im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr sicheres Land ist, andererseits das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sehr schlecht ist. Die Angst vor Kriminalität ist sehr hoch, obgleich die Kriminalstatistik dies nicht hergibt.

„Die meisten Deutschen wussten im ‘Dritten Reich’ nichts von der Judenverfolgung und -vernichtung.“

— Stimmt nicht. Die Bevölkerung hat von der Existenz von Konzentrationslagern gewusst. Außerdem war gar nicht zu übersehen, dass Juden diskriminiert, verfolgt, verhaftet und deportiert wurden und nie wiederkamen.

„Juden haben die Geldmacht“

— Bereits im Mittelalter war Bildung bei Juden sehr angesehen und wichtig. Nicht nur Jungen, sondern auch Mädchen wurden unterrichtet und lernten lesen, schreiben und rechnen. Dies galt auch für Kinder armer Familien. Bei den Nichtjuden wurden lediglich die Kinder (meist nur die Söhne) der reichen Adelsfamilien unterrichtet. Juden war die Ausübung von Handwerksberufen verboten, ihnen blieb als ökonomische Nische nur der Handel und das Geldverleihen, da Christen im Mittelalter keine Zinsen nehmen durften. Durch die oft weitläufigen Handelsbeziehungen wurden Juden Bindeglied zwischen dem islamischen Kulturkreis mit seinen wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften und dem in dieser Hinsicht damals rückständigen Abendland.

— Die aufgezwungene Beschränkung auf einige wenige Berufe und die Wertschätzung von Bildung brachte über Generationen hinweg auch wirtschaftliche Erfolge, die Juden meist sofort vorgeworfen und geneidet wurden. Ohne die Fähigkeit, aus den beschränkten Möglichkeiten das Beste zu machen, wäre eine wirtschaftliche Existenz von Juden aber nicht möglich gewesen. Es gibt und gab reiche und einflussreiche Juden, aber auch Millionen armer und „um´s nackte Überleben kämpfende“ Menschen dieser Religion. Genau so wie bei Christen, Moslems, Hindus, Buddhisten oder Atheisten auch.

„Ausländer wollen sich ja gar nicht integrieren.“

— Integration ist die Eingliederung von Menschen in eine Gesellschaft. Sie bedingt ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen von Einheimischen und Zuwanderern, so dass alle ihre Identität, Kultur und Religion gleichberechtigt wahren können. Wenn diese Leistung nur von der Minderheit erwartet wird, kann Integration nicht gelingen.

— Die politische, kulturelle und soziale Integration erfordert jedoch neben der interkulturellen Öffnung der Gesellschaft auch die Finanzierung von Integrationsangeboten. So lässt sich z. B. der niederländische Staat sein Eingliederungsprogramm 12.000 Gulden pro Neuankömmling kosten. Dem gegenüber sind jedoch beträchtliche Einnahmen der öffentlichen und Sozialversicherungskassen gegen zu rechnen. Zudem reduziert frühzeitige Integration die Folgekosten misslungener Integration. (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, 2/2000).

— Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Integrationsbemühungen beider Seiten eine Basis erhalten. Es gab und gibt jedoch zu wenig Sprachkurseangebote und oftmals fehlen Gelegenheiten, das Erlernete im Kontakt mit Einheimischen zu trainieren.

„Die Ausländerflut überfremdet Deutschland.“

— Diese Ängste sind dort am größten, wo am wenigsten Ausländer leben. Fremdenfeindlichkeit braucht keine Fremden und Antisemitismus keine Juden. Zwar trifft es zu, dass in einigen Städten – wie z. B. Frankfurt – der Anteil der Ausländer stadtteilbezogen deutlich höher ist als in anderen Stadtteilen. Gleichwohl ist der Anteil der Deutschen als Mehrheit immer noch größer. Dem Argument der Überfremdung soll im übrigen durch die aktuellen Überlegungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Integration entgegengewirkt werden.

Stereotype

Stereotype sind das Ergebnis einer begrenzten menschlichen Informationsverarbeitungskapazität. Um uns schnell ohne nachzudenken in der Welt zurecht zu finden, sind sie erst einmal bei allen Menschen vorhanden.

Menschen, die Stereotype erworben haben, sind aber in der Lage über deren Angemessenheit nachzudenken und darüber zu entscheiden, ob die darin enthaltenen Zuschreibungen ihren eigenen Erfahrungen und Überzeugungen entsprechen. Kulturelle Stereotype gelten als ein Teil des gesellschaftlichen Wissens. Die heranwachsenden Mitglieder der Gesellschaft nehmen sie im Laufe ihrer Sozialisation auf und werden somit selbst zu Trägern der Stereotype. Stereotype werden daher als „Teil kultureller Selbstverständlichkeiten“ bezeichnet. Sie sind Generalisierungen über andere Personen und Gruppen von Menschen.

Stereotypisierungen zeigen sich in Einstellungsäußerungen etc.

Stereotype sind sozial geteilte Überzeugungen über Personenmerkmale und Verhaltensweisen einer anderen Gruppe. Sie können positive oder negative Verallgemeinerungen enthalten.

Vorurteile

Vorurteile unterscheiden sich von Stereotypen durch eine negative Bewertung. Sie sind eine verfestigte Haltung, Überzeugung.

Vorurteile werden meist als besondere Form von Einstellungen bezeichnet, die sich insbesondere durch ihre Starrheit, Änderungsresistenz und negative Färbung auszeichnen.

Vorurteile sind stabile Überzeugungen über das Verhalten und die Eigenschaften von Mitgliedern anderer Gruppen im Rahmen des für die eigene Gruppe verbindlichen kulturellen Bezugsrahmens.

Um wenig Vorurteile zu haben, muss ein aktiver Auseinandersetzungsprozess erfolgen. (Wenige Vorurteile zu haben ist die Folge eines aktiven Auseinandersetzungsprozesses.)

Ethnozentrismus

- Alle Menschen zeigen die Tendenz,
- das, was in ihrer eigenen Kultur geschieht, als natürlich und richtig zu bezeichnen, und das, was in anderen Kulturen geschieht, als unnatürlich und nicht angemessen,
- die Gebräuche der eigenen Gruppe als allgemein gültig wahrzunehmen („was gut für uns ist, ist auch gut für alle anderen“).
- zu denken, dass die eigenen Normen Werte offensichtlich richtig sind,
- so zu handeln, dass die eigene Gruppe bevorzugt wird,
- stolz auf die eigene Gruppe und eher ablehnend gegenüber der anderen Gruppe zu sein.

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist die Kombination einer Ideologie der Ungleichheit mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform. Er geht von der rassistisch oder ethnisch be-

dingten sozialen Ungleichheit der Menschen aus, verlangt nach ethnischer Homogenität von Völkern, lehnt das Gleichheitsgebot der Menschenrechts- Deklarationen ab, betont den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum, geht von der Unterordnung des Bürgers unter der Staatsräson aus, lehnt den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ab und will die Demokratisierung rückgängig machen. Unter Rechtsextremismus sind insbesondere Zielsetzungen zu verstehen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestbewegung.

Rassismus

Rassismus liegt immer dann vor, wenn bestimmte Merkmale von Menschen (z. B. Hautfarbe, Asylbewerber zu sein, Geschlecht usw.) mit bestimmten Eigenschaften gekoppelt werden (z. B. wenn von der Hautfarbe oder Herkunft auf die geistige, kriminelle oder sexuelle Energie o. ä. geschlossen wird) und durch diese Konstruktion eine Bewertung entsteht.

Bei Rassismus geht es um eine Art des Denkens, die schon im Voraus die eigene ethnische Gruppe oder Kultur über andere stellt, wodurch sich die eine Gruppe erhabener fühlt.

Quelle: Arbeitsgruppe – SOS– Rassismus

Interkulturelle Kompetenz

Interkulturelle Kompetenz bezieht sich immer sowohl auf individuelle Handlungskompetenzen der MitarbeiterInnen innerhalb der Verwaltung als auch auf die Fähigkeit von Organisationen und Institutionen, sich selbst und das von ihnen bearbeitete sozialräumliche Terrain interkulturell ausgestalten zu können.

Folgende Qualifikationen sind Voraussetzung, um MigrantInnen aus fremden Kulturen angemessen beraten und betreuen zu können:

___ Die Fähigkeit, auf Menschen in anderer Lebensform als der eigenen sowie unterschiedlichsten Normen und Werten anderer Kulturen neugierig, wohlwollend und offen zuzugehen und zugleich die fachlich notwendige Distanz zu wahren, um unterstützen zu können.

___ Die Fähigkeit „interkulturelle Kommunikation“ zu initiieren und zu begleiten.

Merkmale Interkultureller Kompetenz*

___ Offenheit und Toleranz

___ Zuhören können

___ Empathie / Einfühlungsvermögen / Verständnis

___ Die Fähigkeit, Widersprüchlichkeiten zur eigenen Lebensweise tolerieren zu können, d. h. den Sinn anderer Werte und Normen aus einer anderen Kultur heraus verstehen zu wollen und für eine als fremd erscheinende Lebensform als Orientierung

akzeptieren zu können, ohne parallel mit dem eigenen Normen- und Wertesystem über einen unbekanntem Lebenskontext zu urteilen.

— Eigenkulturelle Reflexion, d. h. die Bereitschaft, sich über Normen und Werte sowie „Selbstverständlichkeiten“ der eigenen Kultur auseinander zu setzen, diese kritisch zu reflektieren und aus anderen Lebensweisen heraus – also aus der Distanz zur eigenen Kultur heraus – betrachten zu können.

— Interkulturelle Kommunikationsfähigkeit, d. h.

— die Sensibilität und Wahrnehmungsfähigkeit für nonverbale Kommunikation und
— das Aufspüren von Sinnbedeutungen gleicher Begriffe mit unterschiedlichem Inhalt bzw. unbekannter Begrifflichkeiten in verschiedenen Sprachen bei Übersetzungen

— Offenheit für einen Austausch zwischen Migrantinnen und Fachkräften über die Bedeutungszusammenhänge von Begriffen, unterschiedlichen Reaktionsweisen und anderen Abläufen in den Kulturen herstellen und

— die Bereitschaft, Unterstützung anderer Fachkräfte in Anspruch zu nehmen, z. B. Sprachmittler, um die sprachliche Verständigung abzusichern

— Kompromissbereitschaft

— Stresstoleranz

— Flexibilität

— Selbstsicherheit

Kulturkompetenzen sowie Sprachkompetenzen erhöhen die interkulturelle Kompetenz einer Fachkraft sehr.

* [Quelle](#): Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

6. Infobörse

6.1 Literatur

Backes, Uwe und Jesse, Eckhard „*Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*“, 608 S, Bonn 1996*

Benz, Wolfgang und Bergmann, Werner „*Vorurteil und Völkermord – Entwicklungslinien des Antisemitismus vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*“, 448 S., Bonn 1998*

Benz, Wolfgang (Hrsg.) „*Legenden, Lügen, Vorurteile – Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*“, 242 S, München 1998*

Dirk Furchert, Konfliktmanagement in der kommunalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, *Neue Schriften des Deutschen Städtetages*, Köln 1996

Hufer, Klaus-Peter, „*Argumentationstraining gegen Stammtischparolen*“, Wochenschauverlag, Schwalbach 2001

Jaschke, Hans-Gerd „*Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Begriffe, Positionen, Praxisfelder*“, 196 S., Wiesbaden 2001*

Klawe, Willy und Matzen, Jörg „*Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt: Das Ende der Gemütlichkeit*“, Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e.V., Kiel 1993 (zu beziehen beim LV VHS Kiel)

Schmalz-Jacobsen, Cornelia (Hrsg.) „*Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland*“, 256 S., München 1997*

Schmitt, Uli „*Nicht wegschauen – eingreifen! Handlungsanleitungen gegen Rechtsextremismus und Gewalt*“, 142 S., Mainz 1999*

Schubarth, Wilfried und Stöss, Richard (Hrsg.) „*Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*“, 358 S., Bonn 2000*

Weidinger, Dorothea (Hrsg.) „*Nation, Nationalismus, nationale Identität – Quellentexte vom 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*“, 128. S., Bonn 1998*

„*Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation*“ Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein und Landeshauptstadt Kiel (Hrsg.) mit einer Übersicht verbotener Symbole, Musik pp., Broschüre 32 S., Kiel 2001

Vorurteile – Stereotype – Feindbilder, Heft 271 der „*Informationen zur politischen Bildung*“, 58 S., Bonn 2001*

„*Recht gegen Rechts – Was jeder gegen Rechtsextreme tun kann*“ mit einer Übersicht verbotener Parteien, Symbole, Grußformeln und Musik, Minibroschüre, 32 S., Hamburg 2000*

„*Demokratie lernen – Zivilcourage zeigen*“ Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus mit Jugendlichen – Arbeitshilfe für die Praxis

Kurze theoretische Artikel und zahlreiche Übungsvorschläge für den Einsatz in Schule und Jugendarbeit, Hrsg.: AKJS, Ev. SchülerInnenarbeit, Jugendbildungsstätte Mühle, Kiel 2002 (zu beziehen bei AKJS Kiel)

„*Anti-Diskriminierungs-Code der Gemeinde Utrecht*“

Anne-Frank-Zentrum Berlin, Oranienburger Str. 26, 10117 Berlin,

Tel.: 030 / 30 87 29 88; Fax: 030 /30 87 29 89

e-mail: AnneFrankZentrum@annefrank.de

Internet: www. anefrank.de

* **Diese Titel** sind über die Landeszentrale für politische Bildung, Hohenbergstr. 4, 24105 Kiel, abrufbar.

Tel.: 0431/988-5937, Fax: 0431/988-5942

e-mail:Info@landeszentrale-polbil.landsh.de

Internet: www.schleswig-holstein.de/politische-bildung

Für die Bücher wird je drei Exemplare ein Kostenbeitrag von 5 € bei Abholung bzw. 10 € bei Versand erhoben.

Weitere Informationsbroschüren sind erhältlich von:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen
11017 Berlin
Postfach 14 02 80

Tel.: 030 / 20 07-29 73 / 29 74 oder 01888 / 527-29 73 / 29 74
Fax: 030 / 20 07-19 30
www.bma.bund.de _____

„Die Broschüre zu COURAGE“
DGB Landesbezirk Sachsen
Schützenplatz 14
01067 Dresden

Tel. 0351/8633102
Fax: 0351/8633158
Info@dgb.de
www.dgb-jugend-sachsen.de _____

„Die Ausländer und wir“
Aktion Gemeinsinn e.V.
Am Hofgarten 10,
53113 Bonn

Fax: 0228/219409 _____

*„Kollegen, Unternehmer, Freunde – Ausländer
bereichern die deutsche Wirtschaft“*
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
www.bmwi.de _____

6.2 Datenbanken

Links zum Thema Rechtsextremismus

— www.schleswig-holstein.de/landsh/

Bericht der Landesregierung zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein

— www.kommunen-gegen-gewalt.de

Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit (KO-DEX) des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Mit *KODEX* wird ein neues Netzwerk kommunaler Kreativität im Einsatz gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geschaffen. Es werden erfolgreiche Konzepte, Projekte und Aktionen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt, ein bundesweiter direkter Erfahrungs- und Informationsaustausch von Verantwortlichen und Interessierten ermöglicht und Werbung für Engagement zur Gewaltprävention gemacht. *KODEX* enthält detaillierte Informationen über mehrere hundert kommunale Projekte, Aktionen und Konzepte und kann durch einen Online-Fragebogen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ständig aktualisiert und ergänzt werden.

— www.netzgegenrechts.de

— www.gegen-vergessen.de

— www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de

— www.gesichtzeigen.de

— www.aktioncourage.de

— www.bnr.de

blick nach rechts: Informationen über rechtsextreme Aktivitäten

— www.fairlink.de

Jugendliche engagieren sich gegen Rechtsextremismus

— www.exit-deutschland.org

Hilfe und Unterstützung für Jugendliche, die aus der rechten Szene aussteigen wollen

— www.friedenspaedagogik.de

Pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus des Vereins für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

— www.IDAeV.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA)

— www.DIReV.de

Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung in Marburg

— www.fasena.de oder www.erziehung-nach-auschwitz.de

Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach Auschwitz

Links zu Musik oder Filmen zum Thema

— www.afro-deutsch.de

Infos zum Kurzfilm un der Musik

— www.brothers-keepers.de

Infos zum Lied „Letzte Warnung“ im Gedenken an Alberto Adriano

— www.oiwarning.de

6.3 Kontaktstellen in Schleswig-Holstein

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Referat Migration

Michael Treiber

Feldstraße 5

24105 Kiel

Tel.: 0431/557690-0

Fax: 0431/557690-9

E-Mail: migration@awo-sh.de _____

AKJS Schleswig-Holstein

Netzwerk Migration

Landeskoordination Schule mit Courage

Christa Limmer, Medi Kuhlemann

Feldstr.120

24105 Kiel

Tel: 0431/89077

Fax: 0431-89079

E-Mail: AKJS.SH@t-online.de

Internet: www.schleswig-holstein.jugendschutz.de _____

Landeszentrale für politische Bildung,

Dr. Klaus Kellmann

Hohenbergstr. 4

24105 Kiel

Tel.: 0431/988-5937

Fax: 0431/988-5942

E-Mail: Info@landeszentrale-polbil.landsh.de

Internet: www.schleswig-holstein.de/politische-bildung/ _____

Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.

Monika Peters

Holstenbrücke 7

24103 Kiel

Tel: 0431/97984-23

Fax: 0431/96685

E-Mail: pe@vhs-sh.de

Internet: www.vhs-sh.de _____

Städteverband Schleswig-Holstein
Claudia Zempel
Reventlouallee 6
24105 Kiel
Tel.: 0431/570050-63
Fax: 0431/570050-35
E-Mail: claudia.zempel@staedteverband-sh.de
Internet: www.staedteverband-sh.de _____

Amt für Jugend
Axel Michaelis, Streetworker
Gudower Weg 7
23879 Mölln
Tel.: 04542/850-202
Handy: 0171/749 00 49
E-Mail: axel-michaelis@t-online.de _____

Brücke Kiel e. V.
Sahabattin Atli
Weberstraße 8
24103 Kiel
Tel.: 0431/9193
E-Mail: Atli.1@t-online.de _____

Ministerium für Justiz, Frauen,
Jugend und Familie
Karsten Egge
- II 53 -
Theodor-Heuss-Ring 49
24113 Kiel
Tel.: 0431/988-7470
E-Mail: karsten.egge@frmi.landsh.de _____